

BRENNPUNKT IRAK



Sarkis Latchinian

Flugschriften

der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2003

Flugschriften

DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V.
2003

SARKIS LATCHINIAN

BRENNPUNKT IRAK

*Hintergründe der US-amerikanischen Aggression und
Aussichten*

INHALT

Vorwort (3)

1. Der Plan einer neuen US-amerikanischen Weltordnung (5)

2. Der Irak im Blickfeld der US-amerikanischen Politik.

Ein historischer Überblick (21)

3. Die Hintergründe des Irak-Krieges (37)

4. Der Irak unter Besatzung (59)

5. Wer ist das nächste Opfer? Ein Ausblick (75)

Zum Autor (85)

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2003 · Harkortstraße 10 · 04107 Leipzig

Satz: Lutz Höll

Titelcollage: Hans Rossmann unter Verwendung
einer Abbildung der Statue von Gudea von Lagasch

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH

Badeweg 1 · D-04435 Schkeuditz

ISBN 3-89819-163-X

VORWORT

Die Idee für diese weltpolitisch angelegte Arbeit entstand unmittelbar nach dem Krieg in Afghanistan, der offensichtlich einer komplexeren Einordnung harhte. Bald nämlich zeigte sich, dass die Falken in der US-amerikanischen Administration die Zeit für opportun hielten, unverzüglich nach ihrem militärischen Sieg den Übergang von der Phase akademischer Debatten über die neue amerikanische Weltordnung zu ihrer praktischen Umsetzung zu vollziehen. Dafür gedachten sie den Krieg am Hindukusch als Sprungbrett zu nutzen, zumal dieser neue Momente im Kräfteverhältnis offenbart hatte: So hatte sich Russland als Verbündeter der USA im Krieg gegen den Terror dem Wunsch der Vereinigten Staaten gebeugt, an seinen unmittelbaren Grenzen in Asien und Europa die Präsenz US-amerikanischer Streitkräfte zu dulden; China war dasselbe Schicksal wie Russland zuteil geworden und dadurch gelähmt, den Plänen der USA zur Weltherrschaft realen Widerstand entgegen zu setzen.

Als nächstes Ziel nahmen die USA die ölreiche und strategisch wichtige Nahost-Region ins Visier. Hier sollte zunächst das Regime *Saddam Husseins* ausgeschaltet werden. Seit langem wurde kein Krieg so öffentlich vorbereitet wie der gegen den Irak. Dieser sollte lieber mit Unterstützung der Verbündeten im Kampf gegen den Terror als ohne sie geführt werden. Er sollte lieber mit UNO-Mandat als ohne ein solches geführt werden. Schließlich aber entschieden sich die USA, ihn allein mit ihren britischen Verbündeten, gegen den Willen des »alten« Europa und ohne UNO-Mandat zu führen. Die Vereinten Nationen und die Weltöffentlichkeit in Gestalt einer breiten Antikriegsbewegung wurden durch die USA brüskiert.

Ein Gespinnst aus Vorwänden und Lügen sollte den präventiven Schlag gegen den Irak rechtfertigen. Welches aber sind die eigentlichen Interessen, Motive und Beweggründe der US-Administration dafür? Welchen Charakter trägt dieser Krieg letztlich? Wird er den USA das Tor zur Weltherrschaft öffnen oder sich als Eigentor für sie erweisen?

Am 1. Mai 2003 verkündete Präsident *Bush* zwar das Ende der Hauptkampfhandlungen. Aber kein Tag vergeht seitdem ohne Widerstandsaktionen gegen die alliierten Streitkräfte, die

das öffentliche Leben im zerstörten Lande zusätzlich lähmen, den Besatzern Opfer verursachen und sie verunsichern sowie die Iraker, ob Schiiten, Sunniten, Kurden oder Christen, gegen ihre »Befreier« aufbringen. Die USA-Regierung erweist sich bislang als unfähig, Ruhe und Ordnung im besetzten Lande herzustellen, die gravierenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Probleme einer Lösung zuzuführen und den Widerstand zu bewältigen.

Der irakische Widerstand scheint die trotz eigener beispielloser Hochrüstung überforderten Amerikaner bisher auch davon abzuhalten, die geplante Neuordnung der Nahost-Region fortzusetzen und sich nach Teheran, Damaskus oder Riad zu wenden ...

Der Irak-Krieg hat bislang nur wenige Zielstellungen der USA-Administration erfüllen können. Er hat vielmehr zur Enthüllung ihrer wahren Gründe beigetragen und eine Reihe neuartiger Entwicklungen in der Weltpolitik hervorgebracht, u. a. in den Beziehungen USA – Europa, USA – UNO, im Schicksal der NATO und in der konfliktgeladenen Nahost-Region.

Die vorgelegte Arbeit versucht, derzeit brennende weltpolitische Phänomene und Vorgänge in Zusammenhänge einzuordnen und Hintergründe aufzudecken. Sie versucht, Antworten auf hier umrissene und andere Fragen zu bieten sowie den Leser zum Mit- und Weiterdenken anzuregen – selbst über Entwicklungen, die noch im Flusse sind.

Leipzig, September 2003

1. DER PLAN EINER NEUEN US-AMERIKANISCHEN WELTORDNUNG

1.1. *Die Vorläufer der neuen nationalen Strategie der USA*

Während im Weißen Haus noch *Bill Clinton* regierte, wurden verschiedene Weltmachtelaborate von intellektuellen Außenseitern, erzkonservativen Relikten aus der *Reagan*-Ära, kaltgestellten Kalten Kriegern verfasst, die damals als Hirngespinnste abgetan wurden. Eher entspannungsfreundlich und internationalistisch war damals der herrschende Geist der Administration. Hoch im Kurs standen »Partnerschaften« zur Universalisierung von Menschenrechten, fairer »Multilateralismus« gegenüber den Verbündeten; Verträge zum Klimaschutz und zur Rüstungsbeziehung markierten den Mittelpunkt der Weltpolitik.

Fast unbeachtet blieben im damals entspannten Klima auch einige Dokumente der 1997 gegründeten Stiftung »Project for a New American Century« (PNAC). Zwei dieser Studien aus der *Clinton*-Zeit, die vom Juni 1997 und vom September 2000 datieren, und ein Brief vom 28. Januar 1998 an »*Mr. William J. Clinton*«, besaßen den Charakter von Manifesten. Darin wurden die politischen, ökonomischen und militärischen sowie weltanschaulichen Fundamente definiert, auf die die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gestellt werden müsste. Eine Phalanx von Neokonservativen und von Vertretern des militärindustriellen Komplexes hatte dazu Beiträge geleistet.

Kaum hatte *George W. Bush* nach seinem umstrittenen Wahlsieg die *Clinton*-Administration abgelöst, berief er zehn der PNAC-Mitglieder in Schlüsselpositionen seiner Administration: *Richard B. Cheney* ist Vizepräsident der USA, *Lewis Libby* ist *Cheney*s Stabschef, *Donald Rumsfeld* ist *Bush*s Verteidigungsminister, *Paul Dundes Wolfowitz* ist *Rumsfeld*s Stellvertreter, *Peter W. Rodman* ist verantwortlich für »internationale Sicherheitsangelegenheiten«, *John Bolton* ist Staatssekretär für Rüstungskontrolle, *Richard Armitage* ist stellvertretender Außenminister, *Richard Perle*, einst Vize-Verteidigungsminister unter *Reagan*, ist Chef des American Defense Policy-Board. *William Kristol*, der PNAC-Vorsitzende, berät *Bush* und gilt als das »Hirn des Präsidenten«, *Zalmay Khalizad* ist, nachdem er

als Sonderbotschafter in Afghanistan gewirkt hat, derzeit *Bushs* Sonderbeauftragter für die Kontakte zur irakischen Opposition.

Das erklärte Ziel der PNAC bestand darin, den Vereinigten Staaten die »weltweite Vorherrschaft« zu sichern und ausdrücklich jede Macht daran zu hindern, irgendeine Konkurrenzrolle auf internationaler oder regionaler Ebene wahrzunehmen. Empfohlen wurde eine Politik des Unilateralismus, d. h. des Verzichts auf Einbindung in ein internationales System, sowie der eventuelle Rückgriff auf Präventivkriege, um die »Werte und Interessen« der Vereinigten Staaten zu verteidigen. Unter dem ausschließlichen Blickwinkel der vitalen Interessen der Vereinigten Staaten wird zum Irak-Problem Stellung bezogen.¹

Weder geht es dabei um die Diktatur in Bagdad noch um die Verletzung der Menschenrechte, weder um den Besitz von Massenvernichtungswaffen noch um den internationalen Terrorismus. »Wir glauben«, heißt es in dem am 28. Januar 1998 an *Clinton* gerichteten Brief, »dass die Vereinigten Staaten unter den bereits bestehenden UN-Resolutionen das Recht haben, die nötigen Schritte, einschließlich militärischer, zu unternehmen, um unsere vitalen Interessen im Golf zu sichern. In keinem Fall darf sich die amerikanische Politik länger durch das fehlgeleitete Beharren des UN-Sicherheitsrats auf Einstimmigkeit lähmen lassen«.²

Umgehend begannen die neuen Herren der *Bush*-Administration, die PNAC-Strategie umzusetzen. Das »Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert« war der Schoß, aus dem *George W. Bush junior* als Präsident hervorgegangen ist. Das PNAC war nach dem Vorbild einer ähnlich erfolgreichen Gruppe ins Leben gerufen worden, die 1980 den Präsidenten *Reagan* an die Macht gebracht hatte. Das »Projekt« brandmarkte die zu lasche Politik von Präsident *Clinton*, der die US-amerikanischen Interessen im Ausland, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, nur halbherzig durchsetzte. Dessen führende Mitglieder *Donald Rumsfeld* und *Dick Cheney* sind »davon überzeugt, dass in der internationalen Politik am Ende nur Gewalt und Macht entscheiden«.³

1 Siehe www.new.american.century.org.

2 Zit. nach Jochen Bölsche: *Bushs Masterplan*. Der Sieg, der aus dem Think Tank kam. In: Spiegel Online, 04. März 2003.

3 Gabriel Kolko: Interview mit US-amerikanischen Politologen. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 12./15. April 2003. S. 5.

Laut Gründungsmitglied des »Projektes« *Stephen Peter Rosen*, Direktor des neokonservativen Olin-Institute for Strategic Studies an der Harvard Universität, mit erstklassigen Verbindungen zum Pentagon und zum Nationalen Sicherheitsrat der USA, haben die Vereinigten Staaten »keinen Rivalen. Militärisch beherrschen wir die Welt ... Wir haben ein Monopol in vielen fortgeschrittenen oder nicht so modernen Militärtechnologien. Wir, und nur wir, formen und führen Militärbündnisse in den Krieg. Wir nutzen unsere militärische Vormachtstellung, um uns in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, weil deren Einwohner einander umbringen, diese Länder Feinden der Vereinigten Staaten Zuflucht bieten, oder atomare oder biologische Waffen entwickeln ... Jetzt allerdings ist es unsere Sache, feindliche Regierungen zu Fall zu bringen und Regierungen zu etablieren, die günstig für uns sind. Am Ende konventioneller internationaler Kriege kehren die Truppen nach Hause zurück. Am Ende imperialer Kriege muss das Empire noch Jahrzehnte lang Stützpunkte vor Ort halten, um Ordnung und Stabilität zu wahren. Das ist es, was wir zunächst auf dem Balkan und nun in Zentralasien erkannt haben.«⁴

Schon lange vor den tragischen Ereignissen des 11. September 2001 warnte die PNAC-Gruppe die einzige globale Macht, sie laufe Gefahr, ihrer historischen Bestimmung nicht gerecht zu werden, wenn es ihr nicht gelänge, die sich ihr bietenden Chancen zu ergreifen.

Mit *Bush junior* kam im Januar 2001 eine rechtskonservative Administration ans Ruder, die entschlossen war, die vorher auf akademische Debatten beschränkte, ausdrücklich auf Gewalt setzende neokonservative Strategie nun in konkrete politische Zielstellungen umzusetzen. Die Interimsphase der neunziger Jahre wird beendet mit dem Versuch der *Bush*-Administration, eine selektive Weltherrschaft zu errichten. Die Kontinuität zu den vorangegangenen Administrationen dürfte indes darin bestehen, dass *George W. Bush junior* sich des Gewaltinstruments nur anders bedient als die früheren Administrationen, die es aufgebaut hatten. Die Welt sollte nunmehr zwar mit amerikanischer Macht, aber notfalls auch mit ameri-

4 Stephen Peter Rosen: The Future of War and the American Military. In: »Harvard Magazine« 5(2002). S. 23 ff.

kanischer Gewalt geordnet werden. Die neue Administration unterscheidet sich von ihren Vorgängern dadurch, dass sie verwirklicht, wovon frühere Administrationen nur gesprochen hatten: die amerikanische Weltherrschaft.

Diesem grundlegend neuen Konzept der Weltherrschaft liegt eine Interpretation der Weltlage zugrunde, die nicht erst als Reaktion auf den 11. September 2001 entstanden ist. Die Ursprünge dieser Veränderung reichen weiter zurück als die vom PNAC erarbeiteten Vorstellungen.

Bereits 1992 verfassten *Paul D. Wolfowitz*, damals Staatssekretär für Verteidigungspolitik und heute Vizeverteidigungsminister, und *Lewis Libby*, heute Sicherheitsberater von Vizepräsident *Dick Cheney*, und *Zalmai Khalizad*, heute *Bushs* Sonderbeauftragter für den Kontakt zur irakischen Opposition, das berühmte Strategiepapier, einen offiziellen Entwurf »Richtlinien zur Verteidigungsplanung«, zur sogenannten Defense Planing Guidance (DPG) des Pentagon, dessen Inhalt in der »New York Times« vom 8. März 1992 veröffentlicht wurde. Den Auftrag für dieses Strategiepapier hatte der damalige Verteidigungsminister *Dick Cheney* erteilt. Darin hieß es bereits: »Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Größe wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie. Das erfordert, dass wir jegliche feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter ihrer direkten Kontrolle ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.«⁵

Blickt man ein halbes Jahrhundert zurück, so stellt sich heraus, dass sich die allgemeinen weltmachtpolitischen Interessen der USA kaum grundlegend verändert haben. Wesentliche Veränderungen haben sich jedoch im Hinblick auf die weltpolitischen Bedingungen zur Durchsetzung dieser Interessen vollzogen. Die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Realsozialismus entstandene Lage wurde durch die verschiedenen US-Administrationen genutzt, um schrittweise die absolute weltpolitische Dominanz der Vereinigten Staaten zu verwirkli-

5 Zit. nach Frances Fritz Gerald: George Bush and the World. In: »The New York Review of Books« vom 26. September 2002.

chen. Dem Krieg als bewährtem Mittel dafür kam eine prioritäre Rolle zu. Die Kriege gegen den Irak 1991, gegen Jugoslawien 1999 sowie gegen Afghanistan 2001 sind wesentliche Etappen auf diesem Wege. Der neuerliche Krieg gegen den Irak soll den entscheidenden Durchbruch für die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA bringen, die *Bush junior* in seiner Rede im Juni 2002 in Westpoint verkündete. Damit hat er den Grundsatz aus dem berühmten Strategiepapier, das *Wolfowitz* u. a. im letzten Jahr der Amtszeit von *Bush senior* verfasst hatten, quasi zur offiziellen Politik erhoben. Oberstes Ziel der USA-Strategie nach dem Ende des Kalten Krieges sollte es demnach sein zu verhindern, dass sich irgendwo in der Welt eine Macht als ebenbürtiger Konkurrent der USA etablieren könnte.

1.2. Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika (NSS)

Am 17. September 2002 stellte *George W. Bush* beiden Kammern des amerikanischen Kongresses die »National Security Strategy« vor. Verfasst wurde das Papier unter Federführung der nationalen Sicherheitsberaterin *Condoleezza Rice*.⁶

Der Präsident versicherte dem Hohen Hause, dass die USA entschlossen sind, »jegliche uns zur Verfügung stehende Mittel« in einer globalen Auseinandersetzung – »von ungewisser Dauer« einzusetzen, unter anderem auch ihre militärische Macht, um sich selbst zu verteidigen und »die Vorzüge der Freiheit in der ganzen Welt zu verbreiten«. Die USA – hob er hervor – haben »beispiellose Verantwortlichkeiten, Verpflichtungen und Chancen (...), ein Kräftegleichgewicht zu fördern, das Freiheit begünstigt«. Ziel der neuen Sicherheitsstrategie sei es, »diese Welt nicht nur sicherer, sondern auch besser zu machen«.⁷

Am 20. September 2002 wurde dem Kongress dann ein auf dieser Rede fußendes Dokument der Regierung *Bush* unter-

6 Es formuliert die grundlegenden Ziele der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Mittel zu ihrer Umsetzung. Es hat damit richtungsweisenden Charakter für die Politik auf allen internationalen Feldern.

7 The National Security Strategy of the United States of America. (www.whitehouse.gov/nsc/nss.html).

breitet: The National Security Strategy of the United States of America (NSS). Darin wird der »präventive«⁸ Erstschlag, der Angriffskrieg, offiziell als allgemeines außenpolitisches Konzept der USA ersteingeführt. »Es ist an der Zeit«, heißt es darin, »die entscheidende Rolle der amerikanischen militärischen Stärke zu bekräftigen«, und »wenn nötig, werden wir nicht zögern, *alleine* zu handeln, um unser Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen, indem wir in Form eines *präventiven Erstschlags* gegen (...) Terroristen vorgehen.«⁹

Die NSS fordert dementsprechend, die »Gefahr zu beseitigen, bevor sie unsere Grenzen erreicht«, indem die USA »nicht zögern werden, wenn notwendig auch allein, durch präemptives¹⁰ Handeln ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben«.¹¹

Der frühere amerikanische Außenminister *Henry Kissinger* brandmarkt den präventiven Erstschlag als völkerrechtswidrig, indem er schreibt: »Dieser neue Ansatz ist revolutionär. Die Ablösung einer fremden Regierung zum Gegenstand militärischer Drohungen und möglicher Interventionen zu machen, stellt das gesamte System des Westfälischen Friedens von 1648 infrage, dessen Grundlage die Nichteinmischung fremder Mächtigkeiten in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ist. Ebenso steht die Bereitschaft der USA zu »gerechtfertigten Präventivschlägen« im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht. Der Einsatz von Waffengewalt ist ausschließlich zur Selbstverteidigung erlaubt – gegen eine tatsächliche, nicht eine potenzielle Bedrohung«.¹²

Gemäß der in Kraft befindlichen Caroline-Klausel von 1837 sind Präventivhandlungen völkerrechtlich nur zulässig, wenn »die Notwendigkeit der Selbstverteidigung unmittelbar gegeben und überwältigend ist und weder eine Wahl der Mittel noch eine Möglichkeit von Verhandlungen bleibt. (...) Ein

8 Unter Prävention werden militärische Maßnahmen verstanden, die einer absehbaren, unmittelbar drohenden Gefahr entgegenwirken sollen.

9 The National Strategy. September 2002. S. 32.

10 Unter Präemption werden militärische Maßnahmen gegen eine vermutete oder erst in der Zukunft auftretende Bedrohung gefasst.

11 The National Security Strategy. S. 6.

12 Henry Kissinger: Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam. In: »Welt am Sonntag«. Hamburg vom 11. August 2002.

Krieg, der bereits das Aufkommen einer Gefahr im Keim ersticken will, bleibt verboten. (...) Der präemptive Krieg ist de facto ein Angriffskrieg«. ¹⁵

Die Doktrin der so genannten antizipatorischen Selbstverteidigung, die sehr deutlich in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA anklingt, »ist eine fundamentale Herausforderung für das bestehende völkerrechtliche System«. ¹⁴

Die »neue Norm«, die Washington schaffen will, ist nach Meinung von *Noam Chomsky* das offen deklarierte »Recht auf Präventivkrieg«. Was sich gänzlich unterscheidet von dem, was seit Annahme der UNO-Charta galt. Es ist das Recht, jeden anzugreifen, der irgendwann in der Zukunft eine imaginäre Bedrohung für die USA sein könnte. »Recht auf Präventivkrieg« ist vielmehr der Wille, die Welt durch Gewalt zu regieren. »Der Irakkrieg ist der erste Versuch, dieses amerikanische ›Recht‹ durch Handeln zur internationalen Norm werden zu lassen«. ¹⁵

Die nationale Sicherheitsstrategie selbst ist entgegen der gängigen Meinung keine »*Bush*-Doktrin« des präemptiven Erstschlags. Sie ist vielmehr von übergreifender und grundlegender Bedeutung, indem sie den strategischen Veränderungen im internationalen System seit dem Zusammenbruch des Sozialismus und den damit verbundenen Folgen Rechnung trägt. Mit ihr beabsichtigen die Vereinigten Staaten, die Ordnungsstrukturen des internationalen Systems aktiv zu gestalten, anstatt ihre Politik von diesen bestimmen zu lassen.

Die nationale Sicherheitsstrategie bezweckt die Schaffung einer Weltordnung unter unumschränkter Führung der Vereinigten Staaten, die mittels eines ununterbrochenen Krieges durchgesetzt und gesichert werden soll, eine neue Welt- Kriegsordnung also. Die Doktrinen der Abschreckung, Eindämmung und des Mächtegleichgewichts reichen nicht mehr aus, sagte

15 Robert Leicht: Ein Ultimatum an die Völkergemeinschaft. In: »Die Zeit«. Hamburg. Nr. 39 (2002).

14 Lee A. Casey/David B. Rivkin, Jr.: »Anticipatory« Self-Defense Against Terrorism is Legal. Washington Legal Foundation, Legal Opinion Letter. Vol. 11. Nr. 9. 14. Dezember 2001.

15 Noam Chomsky: Die Welt mit Gewalt regieren. ND-Gespräch mit dem USA-Friedensaktivisten Prof. Noam Chomsky. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 24. März 2005. S. 3.

Präsident *Bush* in seiner Rede im Juni 2002 in West Point. Von nun an gelte: »Wir müssen den Kampf zum Feind tragen, seine Pläne zerstören und den schlimmsten Bedrohungen entgegenzutreten, bevor sie entstehen«. ¹⁶

Der *Bush*-Administration geht es bei dem angekündigten weltumspannenden permanenten Krieg um die Neuaufteilung der Welt entsprechend dem neuen Kräfteverhältnis, welches sich seit dem Zusammenbruch des Sozialismus radikal zu Gunsten der Vereinigten Staaten verschoben hat. Diese Neuaufteilung beinhaltet die Rekolonialisierung der Dritten Welt sowie, gestützt auf die eigene militärische Überlegenheit, verstärkte ökonomische und politische Abhängigkeit aller anderen Länder, einschließlich der bisher engsten Bündnispartner. Unter diesem Vorzeichen scheint es durchaus möglich zu sein, »dass die Welt nun in ein Zeitalter lockerer und sich rasch wandelnder Bündnisse zwischen der Supermacht und einzelnen Staaten eintritt«. ¹⁷

Eine Bindung an internationale Allianzen und insbesondere an die UNO wird als Einengung der Handlungsfähigkeit der USA abgelehnt. Zur Absicherung dieser Strategie gehört unweigerlich die Kontrolle über die Region mit den wichtigsten Öl- und Gasvorkommen vom Persischen Golf bis zum Kaspischen Meer. Der Krieg gegen den Irak ist dabei der entscheidende Vorstoß für die Rekolonialisierung des Nahen und Mittleren Ostens, um von daher uneingeschränkt die globale politische Dominanz der Vereinigten Staaten zu erlangen.

Zu den Grundpfeilern dieser Hegemonialpolitik gehört eine derartige Militärmacht der USA, die allen eventuellen potenziellen Rivalen überlegen ist. Nachzulesen ist dies in der Sicherheitsstrategie, wo es heißt: das militärische Potenzial der USA müsse »groß genug sein, um mögliche Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung anzustreben«. ¹⁸

Dies ist »eine neoimperiale Vision, in der die Vereinigten Staaten für sich eine globale Rolle reklamieren, Standards festzulegen, Gefahren zu definieren, Gewalt anzuwenden und Ge-

16 George W. Bush: Rede in West Point vom Juni 2002.

17 Jochen Thies: Das Ringen um eine neue Weltordnung. Zum Verhältnis zwischen Europa und Amerika. In: »Politik und Zeitgeschichte«. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn vom 21. Juni 2002. B 25 (2002). S. 4.

18 The National Security Strategy of the United States of America. S. 30.

richtsbarkeit auszuüben«, meint *John Ikenberry*, Professor für Geopolitik an der Georgetown Universität.¹⁹

Damit haben sich die USA endgültig auf zwei entscheidende Änderungen ihres bisherigen Sicherheitskonzepts festgelegt: erstens von der Verteidigung zur Ordnungs- und Krisenintervention, d. h. von der Defensive zur Offensive und Prävention und zweitens mit der Ermächtigung durch die UNO, wenn möglich, ohne UNO, wenn nötig. Mit diesen beiden Vorgaben vollziehen die USA eine vollständige Umwertung des modernen Systems der kollektiven Sicherheit, wie es seit 1919 mit dem Völkerbund angestrebt worden ist, ein totales Anti-Wilson-Konzept.²⁰

Den Anforderungen dieser imperialen Politik wird durch eine Übermilitarisierung der Wirtschaft entsprochen. Der finanzielle Aufwand dafür ist gewaltig. Die Vereinigten Staaten lassen sich die Fähigkeit zur Verteidigung ihres Territoriums, ihrer Bürger und Interessen jederzeit und überall täglich eine Milliarde US-Dollar kosten. Die Steigerungsrate für den Verteidigungshaushalt beträgt allein für das Haushaltsjahr 2002/2003 rund 48 Milliarden US-Dollar. Das Gesamtbudget wird 379 Milliarden Dollar betragen, bis 2007 soll es auf 451 Milliarden Dollar steigen. Damit ist der Haushalt des Pentagons bereits zweieinhalb Mal so hoch wie die Verteidigungsausgaben der 15 EU-Mitgliedsländer insgesamt. Selbst die Verteidigungsausgaben der zehn den USA mit ihren Militärbudgets – im Rang nachfolgenden Staaten (Russland, China, Japan, Großbritannien, Saudi-Arabien, Frankreich, Deutschland, Brasilien, Indien und Italien) reichen bei weitem nicht an die Größenordnung des amerikanischen Verteidigungshaushalts heran.²¹

Die Übermilitarisierung der Vereinigten Staaten wirft eigentlich die Frage auf, wie stabil die finanzielle Basis dieses Imperiums ist, das sich zunehmend für allmächtig hält und die Weltherrschaft anstrebt. Überschuldet ist dieses Imperium. Im Jahre 2001 beliefen sich die akkumulierten – öffentlichen und

19 John G. Ikenberry: America's Imperial Ambition. In: »Foreign Affairs«. September/Oktober 2002. S. 44.

20 Siehe Norman Paech: Der Irak-Krieg. Abschied vom System der kollektiven Sicherheit. In: »Sozialismus«. Hamburg 1(2003). S. 8.

21 Siehe Nicole Guesotto: Übermilitarisierung amerikanischer Außenpolitik. Unilateralismus als Folge europäischer Schwäche? In: »Internationale Politik«. 57 (April 2002) 4. S. 43-48, S. 24-25.

privaten – Schulden der US-amerikanischen Gesellschaft auf 31 Prozent des Weltsozialprodukts; die entsprechenden Zahlen für Europa und Japan sind 26 bzw. 12 Prozent.²²

Die Gesamtverschuldung der USA wuchs zwischen 1964 und 2002 von 10 Billionen Dollar auf 30 Billionen. Ein Kernelement dieser Verschuldung ist die rapide Verschlechterung der US-Leistungsbilanz. Um das jährlich um 10 Prozent wachsende Leistungsbilanzdefizit auszugleichen, müssen die USA an jedem Werktag fast zwei Milliarden US-Dollar als Kredit im Ausland aufnehmen, um ihre so »großzügige« Ausgabenpolitik – vor allem die schwindelerregenden Rüstungsausgaben – finanzieren zu können. Angesichts des zunehmenden Budgetdefizits und der defizitären Leistungsbilanz wird der Finanzierungsbedarf im laufenden Jahr (2003) auf mindestens 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ansteigen, d. h. zweimal soviel wie die zulässige Defizitgrenze in der Europäischen Union.²³

Dass Präsident *Bush* dem US-Kongress Anfang September 2003 trotzdem den Antrag auf eine abermalige Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 87 Milliarden Dollar vorgelegt hat, deutet darauf hin, dass die neue Administration einerseits unter allen Umständen die absolute militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten aufrecht zu erhalten und auszubauen gedenkt, mit dem Ziel, das Auftauchen eines möglichen strategischen Rivalen bereits im Keim zu ersticken und sie andererseits die Gefahren unterschätzt, die die so genannte Neuordnung namens *Pax Americana* für die USA und die Welt heraufbeschwört.

Allein die horrenden militärischen Ausgaben strafen die *Bush*-Administration Lügen, dass die Durchführung des globalen »Feldzuges gegen den Terror«, wie es Präsident *Bush* seit dem 11. September 2001 vorgibt, seine wichtigste Verpflichtung sei. Dies ist doch keinesfalls weder das einzige noch das prioritäre außenpolitische Anliegen der neuen Administration. Nach Michael Klare werden zwei weitere Prioritäten verfolgt: »Zum einen die Modernisierung und Erweiterung des militärischen Potenzials der USA, zum anderen der Import zusätzlicher Rohölmengen. Beide Ziele waren ursprünglich zwar voneinan-

22 Siehe Frederic F. Clairmont: *Überschuldetes Imperium*. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. April 2003. S. 7.

23 Ebenda.

der unabhängig, doch inzwischen sind sie miteinander wie auch mit dem Krieg gegen den Terror so eng verflochten, dass daraus ein einheitliches strategisches Konzept der US-Außenpolitik geworden ist.«²⁴

1.3. Die Rolle des Erdöls in der Sicherheitsstrategie der USA

Die Sicherung zusätzlicher Erdöllieferungen aus ausländischen Quellen wurde erstmals als außenpolitische Priorität der Vereinigten Staaten in einem Bericht formuliert, der am 16. Mai 2001, d. h. noch vor den Ereignissen des 11. September 2001, von der National Energy Policy Department Group vorgelegt wurde. Quintessenz dieses nach seinem Hauptverfasser, Vizepräsident *Dick Cheney* genannten Reports ist ein umfassendes Konzept zur Sicherung des wachsenden Energiebedarfs der USA bis zum Jahr 2020 durch wesentlich erhöhte Öllieferungen aus dem Ausland. Diesem Report zufolge wird der Anteil des importierten Rohöls am Gesamtverbrauch der USA im Zeitraum 2001 bis 2020 von 52 auf schätzungsweise 66 Prozent steigen.²⁵

Fast ein Drittel des globalen Ölverbrauchs entfällt auf die USA, und die Tendenz ist steigend. Im *Cheney*-Report wird auf die entstehende Lücke zwischen Ölverbrauch und Ölproduktion in den USA verwiesen und die Schlußfolgerung gezogen: »In 20 Jahren wird Amerika nahezu zwei von jeweils drei Barrels Öl importieren müssen – eine Bedingung für zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Mächten, die nicht immer Amerikas Interesse im Herzen tragen.«²⁶

Die Ölversorgung wird folglich zu einer geostrategischen Aufgabe ersten Ranges, der »Energiesicherheit«. Dem sollen langfristige Lieferverträge, der Bau von sicheren Pipelines wie der vom Kaspischen Meer zum türkischen Hafen Ceyhan, die Öffnung der Märkte für Direktinvestitionen der Ölkonzerne zur Modernisierung der Ölförderung und die Errichtung von günstigen Handelsbedingungen dienen.

24 Michael Klare: Zeitalter der US-Hegemonie. Schnell, mobil und tödlich. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. November 2002. S. 1.

25 National Energy Policy, vorgelegt von der National Energy Policy Department Group. Washington. D.C. Mai 2001. Kapitel 8, S. 5.

26 Ebenda.

Solange die neu erkundeten Ressourcenbestände der USA größer als die Förderung waren, konnte man die Regelung der Versorgung dem Marktmechanismus überlassen. Da aber die Bestände der USA schrumpfen, droht angesichts des steigenden Verbrauchs Mangel. Zur Lösung dieses Defizits würden sich drei Alternativen anbieten. Erstens ein politischer Umgang mit dem Problem, indem man die verbleibenden Ressourcen der Welt auf die Völker solidarisch gleichmäßig verteilen könnte. Dies würde den Anteil der USA noch mehr schrumpfen lassen, da sie bereits 25 Prozent der weltweiten Rohölproduktion verbrauchen bei einem nur 2 prozentigem Anteil an ihren weltweiten Ressourcen. Zweitens könnten in gemeinsamer globaler Anstrengung alternative erneuerbare Energieträger zur Anwendung kommen. Sie sind einerseits noch zu entwickeln und andererseits widersetzen sich nicht nur die größten amerikanischen Ölkonzerne einer solchen Entwicklung, die gigantische Investitionen erfordert und den Profitinteressen des Ölgeschäfts zuwiderläuft. Drittens könnte die Behebung des Öldefizits der USA durch Einsatz von politischer, ökonomischer und notfalls militärischer Macht erfolgen – und dies scheint die Option der USA zu sein. Der *Cheney-Report* empfiehlt, zwar indirekt, diese Option, das Weiße Haus müsse das Streben nach erhöhten Ölimporten zu »einer Priorität unserer Handels- und Außenpolitik« machen.²⁷

Im Einzelnen werden der Präsident und die zuständigen Regierungsgremien aufgefordert, folgende Doppelstrategie zu verfolgen, um den wachsenden Rohölbedarf bei wachsendem Eigendefizit der USA doch noch zu befriedigen. Zum einen gelte es, die Importe aus den Ländern der Golfregion zu erhöhen, die zusammen über rund zwei Drittel der bekannten Ölreserven der Welt verfügen. Angesichts der Tatsache, dass die Ölförderung in keiner anderen Region so rasch und massiv erhöht werden kann wie am Persischen Golf, befürwortet der Report Bemühungen der *Bush-Administration* mit dem Ziel, die Regierungen Saudi-Arabiens und anderer Golf-Ölförderländer zu verpflichten, den US-amerikanischen Ölunternehmen massive zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur ihrer Länder zu gestatten. Zum anderen hält man für erforderlich, die Ölimporte der USA soweit wie möglich zu diversifizie-

27 Ebenda. Kapitel 8. S. 5.

ren, mit dem Ziel, das ökonomische Risiko zu reduzieren, falls es zu einer Unterbrechung der Ölzufuhr aus der unruhigen Nahost-Region kommen sollte. Hierzu ist dem Report zu entnehmen: »Die Konzentration der Weltproduktion in einer einzigen Region der Welt trägt potenziell zur Instabilität der Märkte bei«, deshalb müsse man auf »eine größere Differenzierung der Weltproduktion« hinarbeiten.²⁸

Um die Diversifizierung der Ölimporte zu fördern, fordert der *Cheney*-Report die Regierung der Vereinigten Staaten auf, die Ölzufuhr aus der Kaspischen Region (insbesondere aus Aserbaidshan und Kasachstan), aus Afrika (insbesondere aus Angola und Nigeria) und aus Lateinamerika (insbesondere aus Kolumbien, Mexiko und Venezuela) zu steigern.²⁹

Die USA können sich jedoch vom Import des Öls aus Saudi-Arabien und aus der Golf-Region nicht frei machen. Der stark ansteigende Ölbedarf der USA geht weit über das hinaus, was alternative Quellen, seien es Russland oder die Region um das Kaspische Meer jemals liefern können.³⁰

Da all die Öllieferländer, die im *Cheney*-Report empfohlen werden, in politisch instabilen Krisenregionen beheimatet sind, wirkt jene Energiepolitik weitaus realistischer, die den Zugriff der USA auf Ölvorkommen in diesen chronisch instabilen Gebieten befürwortet, also »wenn sie von einer Militärstrategie flankiert ist, die darauf abzielt, das US-amerikanische Potenzial zum militärischen Einsatz in diesen Regionen erheblich aufzustoßen«.³¹

Der *Cheney*-Report diktiert unter der *Bush*-Administration nicht nur die Energiepolitik der USA schlechthin, sondern auch die ihr adäquate Außenpolitik. »In Washington ist man entschlossen«, stellt der berühmte US-Strategie-Fachmann *Michael Klare* fest, »eine Gefährdung der kontinuierlichen Ölversorgung aus der Golfregion – etwa durch den Irak – auf keinen Fall zuzulassen ... Zudem wollen die US-Strategen sicherstellen, dass die wichtigen Rohölvorkommen des Irak künftig für US-Ölfirmen zugänglich sind und nicht exklusiv von russischen,

28 Ebenda. S. 6.

29 Ebenda.

30 Robin Allen: Gulf between Friends. In: »Financial Times« vom 9./10. November 2002. S. 3.

31 Michael T. Klare: Zeitalter der US-Hegemonie. Schnell, mobil und tödlich. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. November 2002. S. 11.

chinesischen und europäischen Konzernen kontrolliert werden«. ³²

Den Ausführungen von Michael Klare ist zu entnehmen, dass die Verlegung von US-Truppen in die an Erdöl reiche zweite Region Zentralasien und Kaukasus nach den Anschlägen des 11. September nicht allein dazu diene, die militärischen Operationen gegen die Taliban in Afghanistan zu unterstützen, wie damals behauptet wurde, sondern sie erfüllt noch weitere Funktionen. Angesichts des erklärten Interesses der Vereinigten Staaten, einen Zugang zu den riesigen Energievorkommen der Gegend um das Kaspische Meer zu gewinnen, dürfte eine der Funktionen darin bestehen, die Pipelines zu schützen, die das von dort geförderte Erdöl und Erdgas zu den westlichen Märkten bringen. Für diese Einschätzung sprechen auch die vor kurzem erfolgte Stationierung von US-Militärberatern in Georgien, einem wichtigen Durchgangsland für die Öl- und Gaspipelines zwischen Kaspischem Meer und Schwarzem bzw. Mittelmeer, sowie die Inbetriebnahme einer ehemaligen Luftwaffenbasis an der Küste des Kaspischen Meeres in Kasachstan durch die USA ³³.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, sollten die US-Streitkräfte »agil, tödlich und mobil« sein, so der damalige Gouverneur *George W. Bush* in seiner Rede vom 23. September 1999 in der so genannten Zitadelle (der berühmten Militärakademie von Charleston, in North Carolina). »Wir müssen in der Lage sein«, so der Gouverneur, »unser Machtpotenzial über größere Entfernungen und innerhalb von Tagen oder Wochen – und nicht Monaten – in Stellung zu bringen. Unsere schweren Streitkräfte zu Lande müssen leichter werden. Unsere leichten Streitkräfte müssen tödlicher werden. Und alle müssen schneller ins Zielgebiet gebracht werden können«. ³⁴

³² Ebenda. S. 1.

³³ Ebenda. S. 10.

³⁴ Rede des damaligen Gouverneurs *George W. Bush* vom 23. September 1999 in der Zitadelle. Zitiert nach »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. November 2002. S. 11.

1.4. Eine neue Strategie imperialer US-Politik

Unmittelbar nach der Machtübernahme *George Bushs jun.* hat das Pentagon begonnen, sich an die Umsetzung seines angekündigten Programms zur Modernisierung der US-Streitkräfte zu machen, nach dem Motto: Militärische Vorherrschaft sei die notwendige Bedingung für eine strikte Wahrung von US-Interessen. Nur so sei es wiederum möglich, die eigene Machtposition auszubauen, diese in militärische Stärke umzumünzen und so die globale Führungsposition zu bewahren.

Schon unter *Bushs* Vorgänger *Bill Clinton* kam dem Erhalt der Führungsposition der USA sowie der US-Hegemonialpolitik mit ihren operativen Elementen wie Unilateralismus, Interventionismus und Sendungsbewusstsein eine herausragende Rolle zu. Mit der nationalen Sicherheitsstrategie gelang es aber erstmals, die verschiedenen Elemente in einer einheitlichen Konzeption zusammenzufassen.

Tatsächlich stellt sie das bislang aggressivste, aber auch kohärenteste Konzept für eine imperiale US-Politik nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem so genannten Ende des Kalten Krieges dar. Sie ist eine Anleitung zur praktischen Umsetzung der US-Hegemonie und zur dafür erforderlichen strikten Wahrung von US-Interessen überall dort, wo diese gefährdet sind, um die Verhältnisse im eigenen Sinne zurecht zu rücken.

Nach *Thomas Donelly*, einem führenden Mitglied des Project for the American Century, ist diese Sicherheitsstrategie »ein Ausdruck der Entscheidung des Präsidenten, die Pax Americana im gesamten Mittleren Osten und darüber hinaus zu erhalten und auszuweiten.³⁵

Die Umsetzung dieser Strategie bedeutet in der Konsequenz, dass »die USA darüber entscheiden, welche Organisation als Terrorgruppe mit »globaler Reichweite« gilt, welches Land als Unterstützer des Terrorismus eingestuft wird und mit welchen Methoden gegen dieses Land vorzugehen ist. Damit kommt im Zuge des »Krieges gegen den Terror« verstärkt die Auseinandersetzung über die weltordnungspolitisch brisante Frage hinzu, wann und unter welchen Bedingungen militärische

35 Thomas Donelly: The Past as Prologue: An Imperial Manual. In: »Foreign Affairs« vom Juli/August 2002.

Gewalt bis hin zu einem Krieg als legitimes Mittel der Sicherheitspolitik eingesetzt werden darf«.⁵⁶

In seiner Rede vom 20. September 2001 vor den beiden Häusern des Kongresses zur Ankündigung der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten erklärte Präsident *Bush*: »Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al Qaida, aber er endet nicht dort. Er wird nicht enden, bevor nicht jede Terrorgruppe mit globaler Reichweite aufgespürt, aufgebracht und besiegt ist.«⁵⁷

Dies zeugt davon, dass die Bekämpfung des Terrorismus tatsächlich zu einer zentralen strategischen Herausforderung der nationalen Sicherheitsstrategie der USA geworden ist. Ähnlich dem jahrzehntelangen Kampf gegen die Sowjetunion dürfte auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus »eine langwierige und komplexe Auseinandersetzung werden, ohne klare Vorstellung davon, wie dieser Kampf gewonnen werden kann.«⁵⁸

Die US – *grand Strategy* besteht unter der gegenwärtigen Administration darin, von Fall zu Fall über den geeignetesten Rahmen für amerikanisches Engagement zu entscheiden – allerdings mit einer erkennbaren Neigung unter Teilen der Administration, im Unterschied zu den beiden Vorgänger-Administrationen zu einem selektiven Unilateralismus.⁵⁹

Deutliche Anzeichen dafür sind die Alleingänge der USA in internationalen Angelegenheiten, darunter ihre Stellung zum Kyoto-Protokoll, zum ABM-Vertrag, zum Internationalen Strafgerichtshof, zur Landminen-Konvention, zur Konvention über biologische Waffen, und nunmehr zur UNO, zu Europa und zum Irak-Krieg.

56 Peter Rudolf: Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn. 21. Juni 2002. Bd. 25/2002. S. 12.

57 President George W. Bush: Adress to a Joint Session of Congress and the American People. Washington D.C. 20. September 2001.

58 Heinrich Kreft: Vom Kalten zum Grauen Krieg - Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn. 21. Juni 2002. S. 17.

59 Siehe Thom Shanker: White House says the US is Not a Loner, just choosy. In: »New York Times« vom 31. Juni 2001.

2. DER IRAK IM BLICKFELD DER US-AMERIKANISCHEN POLITIK. EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

2.1. *Das Saddam-Regime – zunächst Komplize, dann Kontrahent der USA*

Bereits während des Zweiten Weltkrieges entschlossen sich die Vereinigten Staaten dazu, die Rolle der Ordnungsmacht in der Golfregion für sich zu beanspruchen. Als aufschlussreiche historische Reminiszenz erscheint heute der Ausspruch des Präsidenten *Roosevelt* gegenüber dem damaligen britischen Botschafter *Lord Halifax* im Hinblick auf die Nachkriegspläne der USA: »Das persische Öl gehört euch. Wir teilen uns das Öl des Irak und Kuwaits. Was das Öl Saudi-Arabiens betrifft: das gehört uns«.⁴⁰

In der unmittelbaren Folge setzten die USA zuerst auf eine indirekte Kontrolle des Persischen Golfs über Marionettenregime in Saudi-Arabien und im Iran. Während man die militärische Kontrolle Großbritannien überließ, unternahmen die USA zur Interessenwahrung mehrere offene oder verdeckte militärische Operationen, deren erste und wichtigste dem Sturz der demokratisch gewählten iranischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten *Mohammed Mossadegh* 1953 galt. Er hatte es gewagt, als erster in dieser Region die Erdölreichtümer seines Landes den westlichen Erdölgesellschaften zu entreißen und sie zu nationalisieren. Der zu dieser Zeit global einsetzende Prozess der Entkolonialisierung machte der Allmacht amerikanischer, britischer, holländischer, französischer und anderer westlicher Gesellschaften Schritt um Schritt Positionen streitig. So folgte der Verstaatlichung der britisch-französischen Suez-Kanal-Gesellschaft in Ägypten 1956 die Enteignung der Zuckerrohfelder in Kuba nach der Entmachtung *Batistas* 1960. Der Nationalisierung der Erdölindustrie in Libyen 1969 schloss sich die Nationalisierung der Iraq Petroleum Company 1972 im Irak an. Dem iranischen Schah sowie den Herrschern Saudi-Arabiens gelang es schließlich, an der Wende der 1960er und 1970er Jahre den Knebelverträgen mit den Ölmultis der USA

40 Zit. nach Danil Yergin: *The Prize*. London 1995. S. 401.

und Großbritanniens zu entkommen, indem sie das Erdöl verstaatlichten und so auch zu Nutznießern der Entkolonialisierung wurden.

Auch unter dem unmittelbaren Eindruck der Vertreibung der britischen Kolonialherren und ihrer Vasallen 1958 aus dem Irak und der Verstaatlichung des irakischen Öls 1972 zog sich Großbritannien Anfang der 1970er Jahre aus dem Persischen Golf zurück. Zuvor war es allerdings den Vereinigten Staaten gelungen, zwischen 1940 und 1967 ihre Kontrolle über die Ölserven der Region von 10 auf nahezu 60 Prozent zu steigern, während die unter britischer Kontrolle stehenden Reserven von 72 Prozent 1940 auf 30 Prozent 1967 abgenommen hatten.⁴¹

Doch die langfristigen Entwicklungen sind in dieser Region nicht im Sinne der US-amerikanischen Politik gelaufen. Das nahm im Iran seinen Anfang. Mit tatkräftiger politischer und militärischer Unterstützung hatten die Vereinigten Staaten das iranische *Schah*-Regime zu einer Stütze ihrer Macht und Präsenz in der Region entwickelt. Mit der Entmachtung des *Schahs* durch die antiamerikanisch-religiös-fundamentalistische iranische Revolution 1979, die einem Desaster der amerikanischen Politik im Persischen Golf gleichkam, war die US-amerikanische Hegemonie in der Region Ende der 1970er und in den 1980er Jahren teilweise dahingeschwunden. Die USA suchten danach nach neuen Verbündeten und besonders nach neuen Militärbasen, um ihre weitere Präsenz in der Region zu behaupten. Selbst das erzkonservative Regime Saudi-Arabiens, das zwar gern den Schutz der USA in Anspruch nahm, widersetzte sich hartnäckig, den Amerikanern die geforderten Militärstützpunkte zur Verfügung zu stellen.

Nach der iranischen Revolution 1979, die den *Schah* als bislang wichtigsten Verbündeten der USA am ölfreien Persischen Golf stürzte, bot sich der irakische Präsident *Saddam Hussein* als möglicher Ersatz an. Sein Einmarsch im Iran 1980 wurde von Washington begeistert begrüßt. Die USA stellten enge Verbindungen zu Bagdad her, gaben ihre Opposition gegen Waffenverkäufe an das *Saddam*-Regime auf und belieferten das irakische Militär mit Satellitenaufnahmen von iranischen Truppenbewegungen. Wenn die *Bush*-Regierung als

41 BP-Amoco: Statistical Review of World Energy. Juni 2002. S. 14.

Kriegsgrund gegen den Irak anführt, dass der Irak Chemiewaffen besitzt, so verschweigt sie die Herkunft dieser Waffen. Die *Reagan*-Regierung hat das *Saddam*-Regime beim Erwerb und Einsatz dieser Waffen tatkräftig unterstützt, um einen Sieg des Iran zu verhindern. Die USA gaben sogar geheimdienstliche Dokumente an den Irak weiter, die dann benutzt wurden, um Tausende iranischer Soldaten mit Senfgas anzugreifen.

Der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa Anfang der 1990er Jahre erleichterte es den Vereinigten Staaten, die offene militärische Kontrolle der Nahost-Region wieder zu beanspruchen. Die USA sahen schon seit langem die Notwendigkeit einer größeren eigenen militärischen Präsenz am Golf zur Disziplinierung der Region. Zur Realisierung dieser ihrer Politik machten sie sich *Saddam Husseins* »Dienst« zunutze, als dieser 1990 das durch die Briten 1922 vom Sultanat Bagdad (dem damaligen Irak) abgetrennte kuwaitische Emirat »heimzuholen« versuchte und auf Anraten der USA in Kuwait einfiel.⁴²

Diesen Krieg Iraks gegen Kuwait nahmen die Vereinigten Staaten nämlich als willkommenen Anlass und starteten ihrerseits im Rahmen der von ihnen dominierten großen militärischen Koalition den »Wüstenkrieg« gegen den Irak. Dieser ermöglichte es ihnen, ihre langersehnten Militärbasen in Saudi-Arabien und Kuwait sowie Katar und Bahrein zu sichern. Im Nachhinein sollte es sich herausstellen, dass dieser Krieg der USA gegen den Irak nicht dem Ziel dienen sollte, *Saddam Hussein* zu entmachten und sein System zu beseitigen. Denn die kriegführende Koalition unter der Ägide der USA brach am 28. Februar 1991, nach hundert Stunden, den Einmarsch nach Bagdad urplötzlich ab und blies das Unternehmen »Wüstensturm« nach einem verfrühten Waffenstillstand überstürzt ab.

⁴² Peter Scholl-Latour zitiert in seinem Buch »Lügen im Heiligen Land« in diesem Zusammenhang folgende Aussagen aus einem Gespräch mit seinem »Guide« im Irak, dem hochgebildeten irakischen Professor Samuel, assyrisch-christlicher Abstammung: »... Und Saddam Hussein, das wage ich zu sagen, war von Anfang an - ohne es zu ahnen - der aktivste, der beste Agent der USA, als er ihnen mit der leichtfertig befohlenen Okkupation Kuwaits den heißersehten Vorwand für die Errichtung ihrer schrankenlosen Hegemonie über den Persischen Golf und Arabien verschaffte«. Siehe Peter Scholl-Latour: Lügen im Heiligen Land. Machtproben zwischen Euphrat und Nil. Berlin/München 2000. S. 14.

Binnen zehn Tagen war der Krieg endgültig zugunsten der Koalition entschieden. Das war eine vernichtende Niederlage für das irakische Regime und ein totaler militärischer Triumph für die »alliierten« Streitkräfte. Während Irak bis zu 200.000 Todesopfer zu beklagen hatte, standen auf Seiten der Alliierten lediglich 357 direkte Kriegsoffer zu Buche.

Für die USA bedeutete der irakische Handstreich eine Herausforderung ihres globalen Führungsanspruchs. Schon am 8. August 1990, also weit vor einer Beschlussfassung des UNO-Sicherheitsrates, begannen die USA mit dem militärischen Aufmarsch am Golf. Damals wurden militärische Fakten geschaffen, welche die internationale Gemeinschaft vor die Alternative stellten, einen Alleingang Washingtons hinzunehmen oder einer Invasion den Mantel völkerrechtlicher Legitimation überzustreifen.

Der Irak zahlte für seine Aggression gegen den Nachbarstaat Kuwait einen hohen Preis. Die Infrastruktur des Landes wurde zerstört, die irakische Armee vernichtend geschlagen und weite Landstriche des Landes wurden vergiftet. Irak wurde die Abrüstung der Massenvernichtungswaffen und der entsprechenden Anlagen unter Aufsicht von UN-Inspektoren auferlegt. Im Rahmen des »Öl-für-Lebensmittel«-Programms gestattete man dem Irak, wieder begrenzt Öl zu verkaufen.

Es stellt sich immer wieder die Frage nach den eigentlichen Motiven, warum die damalige *Bush-Senior*-Administration nach der Niederlage *Saddams* darauf verzichtete, den Irak militärisch zu erobern, das *Saddam*-Regime zu stürzen und nicht schon damals ein Vasallenregime etabliert zu haben.

Als wichtige realpolitische Hinderungsgründe für die Zurückhaltung der USA gegenüber dem *Saddam*-Regime nach dessen militärischer Niederlage infolge des »Wüstenkrieges« könnten u. a. gelten:

Erstens: die damals noch ungeklärte Weltlage nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit verbundenen Gefahren für die globale Sicherheit und die konfliktgeladene, undurchsichtige Lage im Nahen Osten.

Zweitens: Die Sorge der USA-Administration vor einem möglichen Auseinanderbrechen der Koalition gegen den Irak und in diesem Zusammenhang vor einem Nachwirken des so genannten Vietnam-Syndroms.

Drittens: Die Gefahr eines Auseinanderbrechens des Irak in seiner territorialen Einheit und der möglichen Gründung eines so genannten schiitischen Gottesstaates im Süden Iraks sowie die Bildung einer souveränen kurdischen Republik im Norden Iraks und damit die Befürchtung der Aktivierung von zentrifugalen Kräften in der Türkei, im Iran sowie in Saudi-Arabien.

Viertens: Die schwache Vertretung einer noch unentschlossenen Öllobby in der damaligen amerikanischen Administration sowie die Rücksichtnahme der letzteren auf eine mögliche negative Reaktion seitens der arabischen Welt im Falle einer Besetzung Iraks durch das US-Militär.

Die USA entschlossen sich nach dem »Wüstenkrieg« folgerichtig für die Beibehaltung des *Saddam*-Regimes und damit für die persönliche Legitimierung *Saddam Husseins* zur Fortführung seines Amtes. Sie setzten also weiter auf einen Mann, zu dem ihre Beziehungen weit zurückreichten, nämlich bis Anfang der 1960er Jahre, als die CIA Kontakt zu ihm aufnahm, während er noch im ägyptischen Exil in Kairo lebte.

Nachdem das fortschrittliche Regime unter General *Abdel-Karim Kassem*, das am 14. Juli 1958 im Irak das erzkonservative System des Königs *Faisal II.* und seines Ministerpräsidenten *Nuri-el-Said* beseitigt und eine unabhängige Republik mit voller Souveränität verkündet hatte, durch einen blutigen Militärputsch im Februar 1963 beseitigt worden war und eine Welle der Verfolgung von Demokraten und vor allem Kommunisten einsetzte, die Zehntausende das Leben kostete, kehrte *Saddam Hussein* nach Irak zurück und nahm aktiv an dieser Hetzjagd teil. Die Namenslisten für die Verhaftungen lieferte damals die CIA – so wie 1965 auch in Indonesien, als bei den antikommunistischen Säuberungen weit mehr als eine Million Menschen umgebracht wurden.

Unter Präsident *Ronald Reagan* vertieften sich in den 1980er Jahren die Beziehungen zwischen der irakischen Baath-Partei und der amerikanischen Administration. Als *Reagans* Sonderbotschafter begab sich 1983 ausgerechnet *Donald Rumsfeld* nach Bagdad, um *Saddam Hussein* die Ehre zu erweisen. Als Ergebnis des hohen Besuchs verschwand der Irak von der USA-Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen. Man nahm die bis dahin unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder auf, und die USA gewährten Bagdad militärische Unterstützung durch Logistik und Militärberater im Kampf ge-

gen die »islamische Revolution« im Iran. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch den Irak störte damals die USA überhaupt nicht. Und als 1988 die irakischen Kurden zum Ziel von *Saddams* Giftgasangriffen wurden, die in Halabija Tausende Tote forderten, lancierte das US-Außenministerium eine Lüge, die das Massaker den Iranern in die Schuhe zu schieben versuchte.⁴⁵

Auch *Bush senior* pflegte zunächst gute Beziehungen zu *Saddam Hussein*. Erst mit dem irakischen Einmarsch nach Kuwait sollte sich die Lage in den Beziehungen zwischen *Saddam* und den USA ändern. Aber als im Februar und März 1991, während und unmittelbar nach der irakischen Invasion gegen Kuwait die Schiiten im Süden und die Kurden im Norden die Gunst der Stunde zu nutzen versuchten und sich gegen das *Saddam*-Regime erhoben, sahen die USA-Steitkräfte ungeführt zu, wie die Aufstände durch *Saddams* Truppen niedergeschlagen wurden.

Ein wichtiger Meilenstein der neuen Strategie der USA im Verhältnis zu *Saddam Hussein* nach seinem Einmarsch im Kuwait und ein wesentliches Mittel zur praktischen Vorbereitung des Irak-Krieges seitens der USA war die Errichtung der so genannten Flugverbotszonen im Norden und Süden des Irak. Die erste Zone wurde im April 1991 einseitig von der USA-Regierung errichtet. Die zweite wurde im August 1992 gemeinsam zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Russland vereinbart. Diese Flugverbotszonen sollten einerseits einen Vorwand für Luftangriffe liefern, an denen sich bis 1993 neben der US-amerikanischen und der britischen auch die französische Luftwaffe beteiligte. Andererseits sollten sie der bewaffneten Opposition der Kurden im Nordirak und den von Iran unterstützten Schiiten im Süden Iraks Schutz bieten und Bewegungsfreiheit verschaffen. Das ganze sollte den Boden für den Sturz *Saddams* mit Hilfe von Teilen des irakischen Offizierkorps vorbereiten. Diese Rechnung, *Saddam Hussein* von innen stürzen zu können, sollte sich 1995/1996 als realitätsfern erweisen und wurde als gescheitert aufgegeben. Darauf reagierten die USA im September 1996 mit massivem Einsatz von Marschflugkörpern gegen Ziele im Irak.

45 Siehe Joost R. Hiltermann: America Didn't seem to Mind Poison Gas. In: »The International Herold Tribune«. Paris vom 17. Januar 2003. S. 6.



»Flugverbotszonen« im Irak

1997 entwickelte sich ein Konflikt um die Arbeit der UNO-Inspektoren. Irak erhob den zutreffenden Vorwurf, dass einige Inspektoren ihre Suche nach Massenvernichtungswaffen vor allem dazu missbrauchten, Informationen zu sammeln und weiterzugeben, die den US-amerikanischen Luftangriffen als Grundlage dienten. Im Dezember 1998 wurden die UNO-Inspektoren aus dem Irak abgezogen.

Erst das Jahr 1998 sollte einen Wendepunkt in der inner-amerikanischen Diskussion um den Krieg gegen den Irak bringen – durch das Project for the New American Century – namentlich mit der Veröffentlichung des Offenen Briefes meh-

rerer prominenter Politiker und Publizisten an Präsident *Clinton*. Er hat folgenden Inhalt: Die Diplomatie sei endgültig gescheitert. Jetzt müssten militärische Aktionen gegen den Irak vorbereitet werden. Der Sturz *Saddam Husseins* müsse zum strategischen Ziel werden.

Daraufhin unterzeichnete Präsident *Clinton* im Oktober 1998 den »Iraq Liberation Act«, mit dem sich die USA-Regierung zur Unterstützung der irakischen Opposition bis zum Sturz *Saddam Husseins* bekannte. Noch im Dezember 1998 unternahmen die USA mit ihren britischen Partnern langanhaltende massive Bomben- und Raketenangriffe gegen den Irak im Rahmen der so genannten Operation Wüstenfuchs (Desert Fox).

In einer Studie, an der neben *Cheneys* heutigem Stabschef *Libby* auch *Wolfowitz* und *Rumsfeld* beteiligt waren, wird betont: »Die Vereinigten Staaten versuchen seit Jahrzehnten, eine beständige Rolle bei der Sicherung des Golfes zu spielen. Während der ungelöste Konflikt mit dem Irak hierfür die unmittelbare Rechtfertigung liefert, geht die Notwendigkeit einer substanziellen amerikanischen Truppenpräsenz am Golf weit über die Frage des Regimes von *Saddam Hussein* hinaus.«⁴⁴

Der in der *Bush*-Administration einflussreiche Neokonservative *Donald Kogan* gibt hierzu an: »Wir werden möglicherweise eine große Truppenkonzentration über einen langen Zeitraum im Mittleren Osten benötigen. Das wird seinen Preis haben, aber ich denke an die Kosten, nicht über sie zu verfügen. Wenn wir ökonomische Probleme haben, werden diese von Störungen unserer Ölversorgung verursacht. Wenn wir Kräfte in Irak stationieren, wird es keine Unterbrechungen der Ölversorgung geben.«⁴⁵

Dies alles straft all diejenigen Lügen, die behaupten, der Irak-Krieg stünde mit dem 11. September 2001 und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus unmittelbar in Zusammenhang. Der Irak-Krieg, von langer Hand vorbereitet, hat mit dem 11. September nichts zu tun – außer, dass der Schock über die Terrorangriffe den psychologischen Rahmen lieferte, um

44 Rebuilding America's Defenses. A Report of the Project for the New American Century. September 2000. S. 14.

45 Zit. nach Jay Bookman: The President's real goal in Iraq. In: The Atlanta Journal-Constitution vom 29. September 2002.

den jahrelang vorbereiteten Kriegsplan in Gang zu setzen und loszuschlagen.

Der 11. September hat darüber hinaus zur Revision der ursprünglichen Haltung der *Bush*-Administration beigetragen – anders als die *Clinton*-Administration – der Nahost-Region, mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und der zukünftigen Politik gegenüber dem Irak und Iran keine absolute Priorität geben zu wollen.

Daraufhin bildeten sich zur Strategie der künftigen Irak-Politik der neuen US-Administration zwei Lager innerhalb der Administration. Während Außenminister *Colin Powell* bis zum 11. September 2001 für Multilateralismus bei der Behandlung des Falls Irak und für Zurückhaltung auftrat, plädierten die Stellvertreter im Verteidigungs- und Außenministerium, *Paul Wolfowitz* und *Richard Armitage*, sowie der Vorsitzende der Kommission für Verteidigungspolitik im Pentagon *Richard Perle* für einen klaren Kurs, der zum Regimewechsel im Irak führen sollte.⁴⁶

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben der mächtigen *Rumsfeld-Cheney-Wolfowitz*-Gruppe und dem hinter ihnen stehenden Interessenblock – vor allem der militär-industriellen und Öllobby – zum endgültigen Durchbruch verholfen. Was für diese auf der unmittelbaren Tagesordnung stand, war ein imperialer aggressiver Krieg gegen den Irak, der durch die absolute militärische Vorherrschaft der USA geprägt, nur noch Gewalt als politisches Mittel kannte.

Gegen die »Achse des Bösen« setzt diese Strategie einen Staatenbund von Vasallen, Protektoraten und Kolonien, der von der Türkei bis nach Afghanistan reicht. Es handelt sich um eine Mischung aus formaldemokratischen Militärregierungen, Feudalclans und Königshäusern bis zu Warlords und brüchigen ethnischen Koalitionen, deren Überleben ausschließlich durch die US-amerikanische Militärmacht gewährleistet wird. Sie hat nicht nur die Sicherung der Golfregion im Blick, sondern auch die angrenzenden Regionen im Westen (Ostafrika), im Osten (Pakistan) und im Norden (Kaukasus-Kaspische Region), die mindestens für die nächsten 10 Jahre die von den USA gewünschte Stabilität gewährleisten und die Risiken und Kosten

⁴⁶ Siehe Phyllis Bennis: US-Policy on Iraq: the internal debate. In: The Middle East International vom 20. September 2002. S. 17-20.

eines geplanten Krieges »rechtfertigen« soll. Weniger die Demokratisierung der Golfregion als vielmehr die Sicherung der eigenen imperialen Interessen der Vereinigten Staaten stehen im Fokus dieser ihrer Weltmachtstrategie.

Was den Waffengang gegen den Irak betrifft, so wurde dieser in den letzten Jahren intensiv diskutiert, geplant und vorbereitet – nicht nur in Washington, sondern auch in der übrigen Welt. Ob die USA den Angriff auf den Irak letztendlich auch führen würden, konnte man bis zum 20. März 2003 nicht mit Sicherheit sagen.

Der »Kampfmarsch einer Idee«, wie es das »Time Magazine« nannte, begann bereits 1990, als irakische Truppen in Kuwait einzogen und Washington mit Desert Shield / Desert Storm antwortete. Einzelne Beobachter behaupten sogar, es handele sich hier um einen Krieg, der 1991 mit der Befreiung Kuwaits begonnen hat und im Jahre 2003 mit der Entwaffnung und Entmachtung von *Saddam Hussein* zu Ende geht.⁴⁷

Zusammen mit Großbritannien und oft im Widerspruch zu den anderen Vetomächten versuchte Washington seit 1991, für eine wirksame Eindämmung Iraks einzutreten und dafür eine ausreichende diplomatische Rückendeckung zu sichern.⁴⁸ Das bedeutet, dass die diplomatischen Auseinandersetzungen über den Irak nicht erst nach *George W. Bushs* Rede vor der UNO am 12. September 2002 anfangen oder mit den Anschlägen des 11. September. Sie existierten seit August 1990. Mit dem 11. September veränderten sich aber die amerikanischen Motive. Die Argumente, die für einen Krieg sprachen, fanden größere Resonanz in der amerikanischen Öffentlichkeit.

2.2. *Ein Aggressions- und Eroberungskrieg*

Erwartungsgemäß haben die USA gemeinsam mit Großbritannien und ihren Verbündeten den Krieg gegen den Irak gewonnen. Die Kritiker des Krieges scheinen dadurch in die Defensive geraten zu sein, als gäbe der Ausgang des Feldzuges und der Untergang des Regimes von *Saddam Hussein* den Angreifern

47 Siehe Michael Elliot, James Carney: First Stop Iraq. In: »Time Magazine« vom 31. März 2003.

48 Siehe Richard Butler: The Greatest Threat: Iraq, weapons of Mass Destruction, and the Growing Crises of Global Security. New York 2000.

im Nachhinein Recht, obwohl die angeblichen Massenvernichtungswaffen bislang nirgendwo aufgetaucht und Beweise für die Kooperation des *Saddam*-Regimes mit dem internationalen Terror ausgeblieben sind.

Dass dieser Krieg ohne die Zustimmung der Vereinten Nationen begonnen wurde und eine offene Verletzung des Völkerrechts bedeutete, scheint nach seinem Ausgang unerheblich. Die Waffen haben gesprochen. Ehrenhaft sei es für die bisherigen Kriegsgegner, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben und sich mit den Siegern gut zu stellen. In dieser Hinsicht hat der Sicherheitsrat der UNO mit der Resolution 1483 seine Hausaufgabe erfüllt. Erstmals in der Geschichte der UNO hat der Weltsicherheitsrat einen aggressiven Feldzug nachträglich legitimiert, der ohne UNO-Mandat geführt, vom UN-Generalsekretär deshalb als illegal charakterisiert und millionenfach bei Protesten in aller Welt aufs schärfste verurteilt worden war. Mit dieser Resolution überlässt der Sicherheitsrat den USA kritiklos das Feld im Irak. Sie allein bestimmen über die politische Zukunft des Landes und verfügen uneingeschränkt über seine natürlichen Ressourcen. Damit wurde de facto nachträglich das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten im Irak-Krieg sanktioniert. Der Sicherheitsrat anerkennt ausdrücklich die besonderen Autoritäten, Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen, über die die beiden Besatzungsmächte USA und Großbritannien im Irak verfügen. Andere Staaten müssten sich bei ihrem Wirken im Irak deren Autorität beugen. Damit haben die USA und Großbritannien auch an der diplomatischen Front einen großen Sieg errungen, ungeachtet oder trotz der Tatsache, dass sie immer mehr in Erklärungsnot geraten, wenn es um den Grund für den Krieg im Irak geht. Der US-amerikanische Kongress schickt sich an zu klären, ob die Regierung *Bush* die Gefahr durch irakische Massenvernichtungswaffen übertrieben hat. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit besonders von Präsident *Bush*, Außenminister *Powell*, Verteidigungsminister *Rumsfeld* und CIA-Direktor *Tenet* in Zweifel gezogen. Das sind jedoch nur Nachkriegsgefechte der US-amerikanischen Demokratie, die sich, wie gewohnt, denen nach den Kriegen gegen Vietnam, Jugoslawien und Afghanistan anschließen, mit dem Ziel, erregte Gemüter im Lande zu beruhigen und den anfänglichen Enthusiasmus der Massen für den Krieg gegen den Terrorismus wach zu halten.

Es wird zudem behauptet, der Krieg sei kurz gewesen, der »günstigste Ausgang« mit den minimalsten Verlusten an Menschenleben sei eingetroffen. Die USA hätten 125 Soldaten verloren, Großbritannien 30, während »nur« einige Tausend irakische Soldaten den Tod gefunden hätten, im Vergleich zum Irak-Krieg 1991 mit immerhin 100.000 bis 200.000 getöteten irakischen Soldaten und 15.000 bis 45.000 getöteten Zivilisten.⁴⁹

Der als »kurz« gepriesene Krieg war dennoch grausam: nach Ansicht der meisten Beobachter fanden nicht einige, sondern viele Tausend irakische Soldaten den Tod – 2000 bis 3000 waren es an einem einzigen Kampftag in Bagdad. Für eine Bilanz der Opfer unter der Zivilbevölkerung ist es zu früh – zweitausend Leichen sind »geborgen«, wie viele noch unter den Trümmern liegen, bleibt ungewiss.⁵⁰

Erwartet werden Spätfolgen des Einsatzes von Munition mit angereichertem Uran, vergleichbar den in Vietnam eingesetzten Entlaubungsmitteln, die bis heute weiterwirkend zahllose Menschen das Leben kosten. Hinzu kommen Splitterbomben, die über Wohngebiete niedergingen. Welche Schäden die irakische Infrastruktur von der »sauberen chirurgischen Operation«, wie sie von den »Alliierten« gepriesen wird, getragen hat, ist noch kaum bekannt.

Aber sind die vielen Menschenopfer sowie die anderen Kriegsschäden nicht einfach der Preis der »Befreiung« Iraks? Gewiss sind viele Iraker froh über das Ende des *Saddam*-Regimes. Aber für sie war der Angriff vom 20. März 2003 nur eine weitere Etappe des endlosen Krieges, den sie seit 1991 über sich ergehen lassen mussten: Ständige Luftangriffe, gnadenlose Sanktionen, über 1,5 Millionen Tote durch Unterernährung und Seuchen, ständige Unterversorgung, ethnische Unterdrückung, Verzweiflung. Die Iraker haben auf ein Ende dieses Alptrahms gehofft, auf die Rückkehr ins normale Leben. Nicht aber auf den neuerlichen Krieg mit seinen grausamen Zerstörungen und Plünderungen, die der renommierte irakische Hochschulprofessor *Schakir Asis* schärfstens brandmarkt: »Ich

49 Nach Angaben der UNO starben im Irak-Krieg 1991 100.000 bis 120.000 irakische Soldaten und 20.000 bis 25.000 Zivilisten sowie 15.000 bis 30.000 in den Tod getriebene irakische Flüchtlinge.

50 Siehe Alain Gresh: US-amerikanische Kriegsführung im Irak. Verbrechen, Lügen und Befreiung. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Mai 2003. S. 4.

habe mit eigenen Augen gesehen, wie die amerikanischen Truppen Iraker aufhetzten, die Technische Universität zu plündern und in Brand zu stecken. Welche irrsinnigen geopolitischen Ziele, welcher Hass auf alles Arabische oder Muslimische und welche Gier nach dem Öl und dem lukrativen Geschäft beim Wiederaufbau müssen im Spiel sein, um die Amerikaner zu solchen Orgien der Zerstörung zu veranlassen.«⁵¹

Den Plünderungen und Zerstörungen allein im Nationalmuseum in Bagdad sind nach einem Bericht der in London erscheinenden »Times« rund 170.000 Kulturgegenstände zum Opfer gefallen. Als Quelle dieser Angabe zitierte die Zeitung den UNESCO-Vertreter in Amman (Jordanien) *Ndeye Fall*. »Dies ist eine Katastrophe für das Kulturerbe des Iraks«, sagte *Neil Mac Gregor*, Direktor des Britischen Museums, der »Times«.⁵²

Es wurden große Statuen zerschlagen, babylonische Löwen und sumerische Totenmasken. Das alles gehörte nicht *Saddam*. Das war Kulturgut des irakischen Volkes. Das Museum von Mosul, die irakische Nationalbibliothek in Bagdad und das Bagdader Archiv wurden geplündert und die Reste fielen mutwillig entfachten Feuern zum Opfer. Sicher ist nun, dass unersetzliche, zum Teil bis zu 7000 Jahre alte Zeugnisse der menschlichen Zivilisation für immer verloren gegangen sind. Nach der Haager Landkriegsordnung waren die USA und Großbritannien als Besatzungsmächte zum Schutz der Kulturdenkmäler verpflichtet. Beide Besatzungsmächte haben sich durch ihre Untätigkeit mitschuldig gemacht. Jede zugelassene Plünderung, jedes zugelassene Massaker ist unterlassene Hilfeleistung, Verstoß gegen das Völkerrecht und damit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

»Vielleicht werden Historiker eines Tages die Frage stellen, an welchem Punkt Amerika den Nahen Osten verloren hat. Die Antwort könnte dann auf jene Stunden fallen, da nach der Eroberung Bagdads amerikanische Panzer zum Schutz des Ölministeriums auffuhren, zugleich die ersten Plünderer in das irakische Nationalmuseum eindringen und die Nationalbibliothek und das Ministerium für religiöse Angelegenheiten mit

51 Zit. nach Patrik Seale. In: »The Daily Star«. Beirut vom 18. April 2005.

52 »Times«. London vom 15. April 2005.

seiner unschätzbaren Sammlung von Koranen in Flammen aufgingen«. ⁵³

»Es hätte nur ein paar Panzer gebraucht«, stellt die Pariser »Le Monde diplomatique« fest, »um das irakische Weltkulturerbe zu schützen, vielleicht nicht einmal so viele, wie zur Sicherung des Platzes vonnöten waren, auf dem Washington den Sturz der *Saddam-Hussein*-Statue so wirkungsvoll inszenierte«. ⁵⁴

»Hier geht es doch um Mesopotamien«, schreibt die weltbekannte britische Journalistin *Felicity Arbuthnot*, »wo in Ur die Geburtsstätte *Abrahams* liegt, des Vaters der Weltreligionen Christentum, Islam und Judentum. Dort befindet sich heute noch die große Zikkurat von Nanna (stufenförmiger Tempel der sumerischen, babylonischen und assyrischen Baukunst; die Zikkurat von Nanna ist über 4000 Jahre alt). Das ist immer noch die erste Hauptstadt der Welt, und es ist so schön, dass man Gänsehaut kriegt. Der Ausdruck: »Das Land, wo Milch und Honig fließen«, stammt von hier. Ein Stück Wegs weiter, in Qurna, befindet sich ein weiteres antikes Gebäude, und es wird vermutet, dass hier der Garten Eden geblüht hat. Ganz in der Nähe liegt Babylon, wo man noch heute das Gebiet der Hängenden Gärten besuchen und Teile des sechstausend Jahre alten Babylon sehen kann, den Ort, an dem einst Hammurapi die ersten Gesetze erließ, die den Schutz von Frauen und Kindern, ihre Sicherheit und ihre Besitzrechte regelten. Weiter südlich kommt man nach Basra, das auch als das Venedig des Orients bekannt ist. Hier, wo Sindbad seine märchenhaften Reisen begann, treffen am Schatt el Arab Euphrat und Tigris zusammen ... Wollen die beiden christlichen Führer (*Blair* und *Bush* – Einfügung des Autors – S. L.) dieses außergewöhnliche Land Mesopotamien zerstören? Wollen sie die historischen Schätze des Christentums auslöschen? Das ganze Land ist ein einziges Weltkulturerbe.« ⁵⁵

53 Udo Steinbach: Eine neue Ordnung im Nahen Osten - Chance oder Chimäre? In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«. Beilage zur Zeitung Das Parlament. Bonn. B 24-25 (2003). S. 5.

54 Alain Gresh: US-amerikanische Kriegsführung im Irak. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Mai 2003. S. 5.

55 Barbara Slaughter: Es wird ein Blutbad geben. In: www.wsws.org/de/2003/mar2003/arbu-m29.shtml
Felicity Arbuthnot ist freischaffende Journalistin. Seit dem Golfkrieg 1991 hat sie den Irak 26 mal besucht. Sie war führend an dem Film »Paying the Price –

Jay Garner, der erste von Präsident *Bush* nach Irak entsandte Zivilverwalter, ein Vertrauter von Präsident *Ronald Reagan*, immer noch Opfer des Vietnam-Syndroms, meint, die USA hätten den Vietnam-Krieg gewonnen, »wenn wir den Krieg auch im Norden geführt hätten, statt uns nur um den Süden zu kümmern. Im Irak haben wir das jetzt besser gemacht. Wäre *Bush* damals Präsident gewesen, dann hätten wir gesiegt«. ⁵⁶

Der Krieg gegen den Irak war ein feiger Überfall auf ein umzingeltes, ausgeblutetes, ausgehungertes Volk. Die Amerikaner und die Briten brachten kein »freedom and democracy«, sondern zunächst Leid, Zerstörung und Tod. Der als »Befreiungsschlag« etikettierte Krieg sollte sich als kolonialer Krieg entpuppen, als Krieg zur Sicherung imperialer Interessen nicht nur im Irak und in der Golfregion, sondern darüber hinaus in der ganzen Welt.

Irak war einmal der Hoffnungsträger der ganzen Nahost-Region, dort hatte etwas begonnen, was im Europa des 18. Jahrhunderts die Aufklärung genannt wurde. Die Hauptstadt Bagdad ist in der kollektiven Erinnerung der Araber der zentrale Ort, das Symbol vergangener Größe. Bagdad war vom 8. bis ins 13. Jahrhundert die Hauptstadt des größten muslimischen Reichs in der Geschichte, des Abbasidenreichs. Mit dessen Eroberung durch die Mongolen begann der Niedergang der arabisch-muslimischen Welt. Sie nahmen 1258 Bagdad ein – und ließen die Bibliotheken in Flammen aufgehen. Die verkohlten Bücher wurden in den Tigris geworfen, der sich von der Asche schwarz gefärbt haben soll. *Al-Athir*, der berühmte arabische Geschichtsschreiber des 13. Jahrhunderts, konnte sich nur schwer dazu durchringen, von dieser Katastrophe zu berichten. »Jahrelang habe ich abgesehen, über dieses Ereignis zu berichten«, schreibt er. »Weil mir seine Ungeheuerlichkeit bewusst war, scheute ich mich, es zu beschreiben. Ich tat einen Schritt

Killing the Children of Iraq« beteiligt, in dem die verheerenden Auswirkungen der UNO-Sanktionen auf das irakische Volk gezeigt werden. Der Titel des Films spielt auf eine Äußerung der damaligen amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright von 1996 an, der zufolge der Tod von über einer halben Million Iraker durch das Embargo ein »hoher Preis (ist), aber wert, bezahlt zu werden«. Kurz vor ihrer Rückkehr in den Irak sprach Barbara Slaughter mit Arbuthnot.

56 »The International Herald Tribune«. Paris vom 15. April 2003.

heran und sogleich wieder zurück. Denn was für ein Mensch muss einer sein, dem es leicht fiel, den Tod des Islams und der Gläubigen zu verkünden und zu beschreiben«. ⁵⁷

Bagdad steht in der modernen Geschichte für die Versuche, im 20. Jahrhundert neue Eigenständigkeit zu gewinnen, für die Vertreibung der britischen Kolonialherren und ihrer Vasallen 1958, für die Verstaatlichung eines der Weltgiganten des Ölgeschäfts, der Iraq Petroleum Company, im Jahre 1972.

Die polnischen Soldaten, die nach dem Irak geschickt wurden, um den amerikanischen Besatzern beizustehen, haben in ihrem Gepäck eine Broschüre, die ihr Wissen über das zu befriedende Land bereichern soll. Darin ist zu lesen: »Die ersten Jahrzehnte unter der Baath-Partei *Saddam Husseins* haben einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Im Gegensatz zum benachbarten Saudi-Arabien haben die irakischen Behörden die Ölgewinne nicht gänzlich für sich selbst bestimmt, sondern große wirtschaftliche Reformen in allen Bereichen des Lebens verwirklicht. So wurden der Lebensstandard der Iraker erhöht, der Analphabetismus und die Arbeitslosigkeit liquidiert und die Menschen brauchten keine Steuer zu zahlen«. ⁵⁸

Vielleicht wird ein arabischer Chronist in, sagen wir, zehn Jahren mit ganz ähnlichen Worten wie *Al-Athir*, den Fall von Bagdad im Jahre 2003 beschreiben, wo die Menschen bislang mehr persönliche Freiheit als anderswo in der Region genossen, in relativ überdurchschnittlicher sozialer Geborgenheit gelebt und sich vor allem eines säkularen Staates erfreut hatten, in dem sich Frauen in der Öffentlichkeit ohne Schleier bewegen konnten, auch wenn das alles jetzt weitgehend verschwiegen wird.

⁵⁷ Zit. nach *L'Orient au temps des croisades*. Paris. (GF Flammarion). 2002.

⁵⁸ Siehe Julian Bartosz: *Wojsko Polskie fliegt in die Wüste*. »Demokratische Entscheidung gegen das »Diktat der Mehrheit«. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 2./3. August 2003. S. 3.

3. DIE HINTERGRÜNDE DES IRAK-KRIEGES

3.1. *Heuchelei zur Verschleierung der wahren Motive des Krieges*

Noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges wurden so beträchtliche Mittel eingesetzt, um die öffentliche Meinung auf eine militärische Konfrontation vorzubereiten. Noch nie wurden in solch hoher Dosis Lügen über die fadenscheinigen Hintergründe eines imperialen Krieges verbreitet.

Der Irak-Krieg ist dem amerikanischen Volk schmackhaft gemacht worden unter einer dreifachen Fiktion: Dieser Krieg werde erstens von der überwiegenden Mehrheit der Iraker sehnsüchtig als Auftakt ihrer Befreiung erwartet, er werde deshalb zweitens von ganz kurzer Dauer sein und drittens würden die Vereinigten Staaten mit dem Sturz des *Saddam*-Regimes und der Errichtung einer demokratischen, wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft im Irak die Dankbarkeit der islamischen Welt erwerben und einen dominoartigen Nachahmungseffekt in der gesamten Nahost-Region auslösen.

Um den Präventivkrieg gegen den Irak zu rechtfertigen, den weder die Vereinten Nationen noch die Weltöffentlichkeit wollten, verbreitete der um Präsident *Bush* gesteuerte Propaganda- und Täuschungsapparat über sechs Monate lang staatlich verordnete Lügen – »und dies derart unverfroren, wie man es gewöhnlich nur von den verabscheuungswürdigsten Regimen dieses Jahrhunderts kennt«. ⁵⁹

Nach dem Sieg der US-Streitkräfte und ihrer britischen Hilfstruppen im Irak wissen wir, dass die Behauptungen des amerikanischen Präsidenten, der Irak unterhalte enge Beziehungen zum Terrornetzwerk Al Qaida und bedrohe die Sicherheit der USA, weil er »Massenvernichtungswaffen« besitze, falsch waren. Immer deutlicher zeigt sich, dass die US-amerikanische Regierung die Informationen über die Massenvernichtungswaffen manipuliert hat. Es wird immer klarer, dass *Bush* schon damals, als er diese Behauptungen aufstellte, von seinen Geheimdiensten Bescheid wusste, dass seine Beschuldi-

⁵⁹ Ignacio Ramonet: Nützliche Lügen. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Juli 2005. S. 1.

gungen falsch waren. Empört über diese Manipulationen, erklärte Anfang Mai 2003 eine unter der Bezeichnung »Veteran Intelligence Professionals for Sanity« auftretende Gruppe anonymer ehemaliger Mitarbeiter des CIA und des Außenministeriums in einer an Präsident *Bush* gerichteten Denkschrift, auch in der Vergangenheit seien schon Informationen »aus politischen Gründen gefälscht worden, aber noch nie so systematisch, um unsere gewählten Abgeordneten zu täuschen, damit sie einem Krieg zustimmen«. ⁶⁰

In einem am 30. Mai 2003 in der Zeitschrift »Vanity Fair« veröffentlichten Interview gab *Wolfowitz* die Staatslüge zu. Er erklärte, man habe den Beschluss, die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen zur Begründung des Präventivschlages gegen den Irak heranzuziehen, »aus bürokratischen Gründen« gefasst. »Wir haben uns auf einen Punkt, nämlich die Massenvernichtungswaffen, geeinigt, weil dies das einzige Argument war, dem alle zustimmen konnten«. ⁶¹

Bushs fragwürdige Behauptung, dass *Saddam Hussein* nach Erkenntnissen der britischen Regierung versucht habe, bedeutende Mengen Uran in Afrika (Niger) zu kaufen, »nährt den langgehegten Verdacht mancher seiner Gegner, die ›Falken‹ in der amerikanischen Regierung täuschten, tricksten und mißbrauchten Geheimdienstmaterial, um ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen«. ⁶²

Präsident *Bush* musste schon 2002 scharfe Dementis hinnehmen, nachdem er versichert hatte, der Irak werde binnen sechs Monaten Atomsprengköpfe produzieren. Die gegenteiligen Versicherungen kamen von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sowie von der CIA.

David Mac Michael, CIA-Analyst der *Reagan*-Ära, der wegen des Iran-Contra-Skandals den Geheimdienst unter Protest verließ, stellt sich die Frage, ob vergleichbare Manipulationen bezüglich Irak wieder passieren können? Er hat keinen Zweifel. Er kennt das Muster, nach dem in akuten Krisenzeiten verfahren wird. »Man wird uns *Saddam Hussein* als einen Mann präsentieren, der napoleonische Ambitionen mit Hitlerscher

60 <http://www.scoop.co.nz/mason/stories.woo305/soo308.htm>.

61 Ebenda.

62 Katja Galinsky: Schweres Geschütz. *Bush* und der angebliche Urankauf. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 17. Juli 2003. S. 3.

Moral verbindet und deshalb auf dieser Erde nichts zu suchen hat. Den Feind zu dämonisieren, hat eine lange Tradition und folgt immer dem bewährten Muster. Damals in Chile hat man es mit Allende getan, vor 15 Jahren in Panama mit Manuel Norriega, zuvor mit Gaddhafi in Libyen, zwischendurch immer wieder mit Fidel Castro. Wenn man verdeckte Operationen ausführt, bestehen 75 Prozent des Jobs aus Desinformationen. Und in Kriegszeiten stirbt bekanntlich die Wahrheit zuerst. Als zynischer Fachmann in all diesen Angelegenheiten empfehle ich der Öffentlichkeit, den Rechtfertigungen derjenigen, die Krieg führen wollen, nicht zu glauben«. ⁶³

Das Lügen aus Gründen der »Staatsraison« hat in der Geschichte der Vereinigten Staaten Tradition. Zu den finstersten Beispielen gehört die angebliche Zerstörung des amerikanischen Kriegsschiffes »Maine« durch die Spanier in der Bucht von Havanna im Jahre 1898, die als Vorwand für die Kriegserklärung der USA an Spanien und die Annexion Kubas, Puerto Ricos, der Philippinen und der Insel Guam diente. 1964 wurde die Lüge inszeniert, zwei US-Zerstörer seien im Golf von Tonking von nordvietnamesischen Torpedobooten angegriffen worden, was als Anlass diente für den Vietnam-Krieg, der 1975 mit einer Niederlage der Vereinigten Staaten zu Ende ging. 1985 erklärte Präsident *Ronald Reagan* plötzlich den »nationalen Notstand« wegen der »Bedrohung durch Nicaragua«. Mit dieser Lüge rechtfertigte man die massive US-Unterstützung der antisandinistischen Contra-Rebellen. 1991 begann der Golfkrieg gegen den Irak mit ständig wiederholten Behauptungen wie: der Irak sei die viertgrößte Militärmacht der Erde, die Brutkästen in der Frauenklinik in Kuwait seien durch die Iraker verwüstet worden, Irak verfüge über eine unüberwindliche Verteidigungslinie. Alles sollte sich als Lüge erweisen.

Die Verbündeten der Vereinigten Staaten im Krieg gegen den Irak standen ihnen nicht nach in der Kunst der Lügen. Vor dem Unterhaus in London erklärte *Anthony Blair* am 24. September 2002: »Der Irak besitzt chemische und biologische Waffen (...) Seine Raketen sind binnen 45 Minuten einsatzbereit«. ⁶⁴

63 Zit. nach Barbara Jentzsch: Wahrheiten aus dem Brutkasten. Falsche Fakten als Mittel zum Zweck. In: »Freitag«, Nr. 41. Berlin vom 4. Oktober 2002. S. 6.

64 Zit. nach Ignacio Ramonet: Nützliche Lügen. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Juli 2005. S. 1.

Der spanische Ministerpräsident *Aznar* erklärte am 5. Februar 2003 vor dem spanischen Parlament: »Wir alle wissen, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besitzt. (...) Wir wissen auch, dass er über chemische Waffen verfügt«. ⁶⁵

In den USA und Großbritannien verstärkt sich der öffentliche und der parlamentarische Druck, Beweise für die vorgegebenen Kriegsgründe zu präsentieren. Die USA und Großbritannien stehen nach dem Irak-Krieg auch im Kreuzfeuer internationaler Kritik. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten die Gefährdung durch die so genannten Massenvernichtungswaffen dramatisiert, um einen Kriegsgrund zu haben.

Lüge und Desinformation besteht auch darin, was absichtlich ungesagt bleibt. Das Schweigen der amerikanischen Administration hinsichtlich ihrer ökonomischen und geopolitischen Absichten spricht schon für sich. Weder aus offiziellen Verlautbarungen noch aus Studien von Think Tanks geht hervor, welche immensen Vorteile ein irakischer Satellitenstaat bietet oder welches politische Gewicht das Land künftig in der Nahost-Region haben soll.

Schweigen herrscht auch über die fantastischen Gewinne aus dem irakischen Öl, aus den Wiederaufbauverträgen, die sich die amerikanische Wirtschaft im Schatten einer »demokratischen« Regierung wird sichern können.

3.2. *Angestrebte Unterordnung der arabischen Halbinsel unter das US-Kommando*

Was bringt die Regierung der Vereinigten Staaten unter Präsident *Bush* dazu, dem von ihren Vorgängerinnen gepöpelten Gewaltherrscher den Garaus machen zu wollen – Massenvernichtungswaffen hin, Demokratie her?

Die Interessenkonstellation hat sich seit dem ersten Golfkrieg *Saddam Husseins* 1980, als dieser mit Unterstützung der USA den Iran nach dessen fundamentalistischer Revolution angriff, nicht grundsätzlich verändert. Verändert haben sich allerdings die weltpolitischen Bedingungen.

Es geht nicht nur um Öl, auch wenn das, wie wir demnächst sehen werden, sehr wichtig ist. Es geht bei diesem Krieg näm-

65 »El Pais«. Madrid vom 4. Juni 2003.

lich um Öl und Wasser, um Straßen und Eisenbahnlinien, um Telephonnetze, um Hafenanlagen und Drogen. Es geht um sehr viele weitreichende geostrategische und ökonomische Interessen.

Die globale Konfliktlinie des begonnenen 21. Jahrhunderts verläuft zwischen den Vereinigten Staaten und China, in gewissem Maße auch Russland und Europa, und in diesem Kontext kommt dem Mittleren Osten und Zentralasien eine eminente Bedeutung zu. Der unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung geführte Krieg der USA gegen Afghanistan war nur ein Vorgeplänkel dazu. Es geht heute darum, wer diese riesige Region militärisch und wirtschaftlich kontrolliert. Dabei spielt nicht zuletzt der Iran als politisch, wirtschaftlich und auch militärisch bedeutende Kraft eine wesentliche Rolle. Ein Krieg gegen den Irak richtet sich auch gegen den Iran. Er würde den Vereinigten Staaten zu militärischen Stützpunkten an seinen Grenzen verhelfen. Ein zu erwartender Fall des Ölpreises nach dem militärischen Erfolg gegen den Irak würde unweigerlich enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten den Ölexportländern Iran, Russland, aber auch dem aufmüpfigen Saudi-Arabien verursachen. Da letzteres sich dabei immer weniger durch die USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus instrumentalisieren lässt, halten die USA die Installation eines neuen Vasallenregimes für dringend geboten. Saudi-Arabien wird als »Kern des Übels« wahrgenommen. Hier müssten die aktuellen politischen Eliten aus dem Weg geräumt werden. Dieses Konzept der USA läuft auf die Unterordnung der arabischen Halbinsel unter das Militärkommando der USA hinaus. Wir haben hier das Muster der Pax Americana der *Bush*-Administration: Je verworrener die Lage, je instabiler die politischen Strukturen, desto unangefochtener die Supermacht, die mit militärischen Mitteln die Lage unter Kontrolle bringt.

Zur Sicherung dieser ihrer Strategie versuchen die USA, die für sie vorteilhafte Wende in den amerikanisch-russischen Beziehungen gezielter zu nutzen. Zu dieser Wende gehört u. a. der Verzicht des Präsidenten *Putin* auf für Russlands Sicherheit und seinen internationalen Einfluss lebenswichtige Positionen wie die Hinnahme der NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten; das Einverständnis Russlands zur Liquidierung des ABM-Vertrages als »Eckpfeiler« seiner strategischen Stabilität; die Öffnung des russischen Luftraums für Flüge der USA nach

Zentralasien sowie die Duldung des militärischen Engagements der USA in Zentralasien und im Kaukasus, wo Russland seine frühere Position als alleiniger sicherheitspolitischer Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft der Golfregion einbüßte.

Die Beseitigung *Saddam Husseins* und die Errichtung eines weiteren Protektorats im Irak ähnlich dem Afghanistan-Vorbild soll ein Exempel statuieren, um den restlichen Ländern in der Region zu beweisen, dass es die Vereinigten Staaten mit ihrem Kontrollanspruch absolut ernst meinen. Der Irak-Krieg entpuppt sich in diesem Zusammenhang auch als die wichtigste Etappe auf dem Weg nach Teheran, Riad, Damaskus ..., ohne deren Unterwerfung dieses labile und explosive Gebiet nicht unter feste US-Kontrolle zu bringen ist. Mit der Eroberung des Irak ist der Iran als die stärkste antiamerikanische Bastion im Nahen Osten umzingelt von drei amerikanischen bzw. amerikafreundlichen (fast-) Protektoraten – Afghanistan, Irak, Saudi-Arabien – und hätte damit keine größere Ausstrahlung und Bewegungsfreiheit mehr. Die »Zivilisierung« des Iran könnte dann auch möglicherweise nicht unbedingt auf militärischem Wege wie im Irak und Afghanistan erfolgen, falls dadurch der jahrzehntelange Widerstand gegen die USA friedlich zu beseitigen und die bedingungslose Unterwerfung unter die US-amerikanischen Interessen zu erreichen ist.

3.3. *Erlangung der absoluten Kontrolle über die Ölreserven des Irak*

Zu dem 25 Mitglieder umfassenden provisorischen Regierungsrat, der von der amerikanischen Besatzungsmacht nach dem militärischen Sieg einberufen wurde, gehört als Mitglied ein gewisser *Ahmed Chalabi*, ein Geschäftsmann, der in Jordanien wegen Unterschlagung zu 22 Jahren Haft verurteilt wurde. *Chalabi* gehört zu jener Gruppe irakischer Exilpolitiker, die dem US-Außenministerium bereits lange vor dem Irak-Krieg dienten und sich Gedanken darüber machten, wie man die Privatisierung des irakischen staatlichen Erdölmonopols so durchziehen könnte, dass diese nicht als Initiative der Vereinigten Staaten erscheint. Zu diesem Zweck hat die Gruppe auf einer Konferenz Anfang April 2003 in London den Irak aufge-

fordert, seinen Ölsektor nach dem Krieg für die amerikanischen Ölmultis zu öffnen. Als Zeichen der Dankbarkeit hat die *Bush*-Administration versprochen, dass für die irakischen Exilpolitiker in der Interimsregierung eine Menge Posten abfallen würden. *Bush* hat es versprochen und Wort gehalten!

Die *Bush*-Administration weiß natürlich, dass sie nicht öffentlich davon sprechen kann, die Ölvorkommen des Irak an Exxon Mobil und Shell zu verkaufen. Das überlässt sie Leuten wie *Chalabi*.

Die Erdölindustrie des Irak war im Jahre 1972 nationalisiert worden. Sie schuf günstige Bedingungen für einen wirtschaftlichen, sozialen sowie kulturellen Aufschwung und relativen Wohlstand, den das Volk allmählich auch am eigenen Leibe spüren konnte. So lag z. B. vor der Verstaatlichung der Erdölreichtümer des Irak die durchschnittliche Lebenserwartung bei 26 Jahren, und nur etwas mehr als 10 Prozent der Bevölkerung konnten lesen und schreiben. Zwanzig Jahre danach, also am Vorabend der Wirtschaftsblockade der UNO gegen den Irak, Anfang der 1990er Jahre lag die Lebenserwartung der Frauen bei 74 Jahren und die der Männer nur leicht darunter, 90 Prozent konnten lesen und schreiben, 93 Prozent hatten Zugang zu Trinkwasser und zu einer medizinischen Versorgung auf hohem Niveau. Das sind Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO.⁶⁶

Trotz aller Wandlungen, die im Irak in der Zwischenzeit eingetreten sind, ist das Staatseigentum an Erdöl bislang unangetastet geblieben. Das gleiche gilt für mehrere Länder des Persischen und des Mexikanischen Golfes, die im Zuge der Entkolonialisierung ihre Erdölreichtümer verstaatlichen konnten. Die im Rahmen der primär aus Staaten dieser beiden Regionen zusammengesetzten Mitgliedsländer der Organisation Erdölproduzierender Länder – OPEC – haben seitdem ihr Recht auf staatliches Eigentum an ihren Ölreichtümern erfolgreich zur Geltung gebracht und ihre Positionen gegenüber der internationalen Konkurrenz der Industriestaaten gestärkt. Mit Erfolg hat die OPEC die Preisführerschaft auf dem Ölweltmarkt behaupten können. Sie hat auch wesentlich dazu

66 Siehe Barbara Slaughter: Die britische Journalistin Felicity Arbuthnot äußert sich zum Irak. »Es wird ein Blutbad geben«.

In: www.wsws.org/de/2003/war2003/arbu-m29.shtml.

beigetragen, den Preis für Erdöl in den letzten 20 Jahren des vorigen Jahrhunderts konstant auf einem niedrigen Niveau zwischen 17 bis 20 US-Dollar je Barrel (das sind 159 Liter) zu halten und die Ölzufuhr auf dem Weltmarkt ohne größere Störungen zu gewährleisten. Es ist hauptsächlich den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan und nunmehr im Irak geschuldet, dass der Ölpreis in den zurückliegenden zwei, drei Jahren sprunghaft stieg und unmittelbar vor dem Ausbruch des Irak-Krieges den Höchststand von über 30 Dollar je Barrel erreichte.

Zu Unrecht lastet die *Bush*-Administration diese Preisentwicklung – die u. a. auch der amerikanischen Wirtschaft enorme Schäden zugefügt hat – der OPEC an, während der prominente Ökonom der Yale-Universität *William Nordhaus* auf die Kausalität zwischen dem Irak-Krieg und dem Preisanstieg des Rohöls verweist. So ist nach *Nordhaus* »der jüngste Anstieg des Ölpreises auf über 30 Dollar je Barrel bereits auf die Planung eines Militärschlags gegen den Irak zurückzuführen und heute schon sind 5 bis 7 Dollar pro Barrel durch die erwarteten Kriegsfolgen »eingepreist«.⁶⁷

Bekanntlich verfolgt die amerikanische Regierung seit langem eine Politik gegen die Marktmacht der OPEC. Es ist ihr ein Dorn im Auge, dass es der OPEC bislang gelungen ist, dem amerikanischen Druck der Unterwanderung nicht nachzukommen, ja im Unterschied zur Weltbank, zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Welthandelsorganisation (WTO) eine eigene unabhängige Politik zu betreiben. »Obwohl die Erdöleinfuhren nur einen geringen Teil des US-Handels ausmachen, ist die Energieversorgung der einzige strategische Bereich, in dem die Vereinigten Staaten von anderen Ländern abhängig sind«, schreibt die Pariser »*Le Monde diplomatique*« bezugnehmend auf die Abhängigkeit der USA von der OPEC.⁶⁸

Die Abhängigkeit der USA von Ölimporten stieg in den letzten dreißig Jahren kontinuierlich an, und zwar von 35 Pro-

67 William D. Nordhaus: *The Economic Consequences of a War With Iraq*. Cowles Foundation for Research in Economic. Yale University: Discussion Paper. Nr. 1387. Dezember 2002. Zitiert nach Rudolf Hickel: Ein Anschlag auf die Weltwirtschaft. In: »Frankfurter Rundschau« vom 14. Februar 2003. S. 7.

68 Philip S. Golub: *Hypermacht USA: Interventionismus und Energiepolitik*. In: »*Le Monde diplomatique*. Atlas der Globalisierung. Paris/Berlin 2003. S. 96-97.

zent 1973 auf 54,3 Prozent 2001. Bei der Annahme, dass die Nachfrage weiter um jährlich 1,3 Prozent zunimmt und die Ergiebigkeit der US-Erdölquellen um 0,7 Prozent sinkt, würde die Importabhängigkeit nach Prognosen des US-Energieministeriums bis 2020 auf bis 67 Prozent ansteigen. Das Energieministerium prognostiziert eine Zunahme des durchschnittlichen Tagesverbrauchs von 19,5 Millionen Barrel auf 25,8 Millionen Barrel, wovon 16 Millionen importiert werden müssten (gegenüber 11 Millionen 2000, 8 Millionen 1990 und 6 Millionen 1974). Im Jahre 2000 stammten 23,8 Prozent der Erdöleinfuhren aus den Golfstaaten, 15 Prozent allein aus Saudi-Arabien. Bis 2020 dürfte dieser Anteil weiter zunehmen.⁶⁹

Die steigende Importabhängigkeit macht die USA-Wirtschaft anfällig für Preisschocks, die von äußeren Ereignissen wie dem arabischen Ölembargo von 1973, der iranischen Revolution von 1979 oder dem Golfkrieg von 1991 ausgehen. Wegen der wachsenden Amerikafeindlichkeit in den Golfstaaten, seit 1990 auch in Saudi-Arabien, müssen die Vereinigten Staaten ständig mit einer Unterbrechung der Lieferströme rechnen. Zu allem Überfluss kommt für die Amerikaner noch die vertrackte Marktmacht der OPEC-Länder und deren Preispolitik, von der sich die USA benachteiligt fühlen. Steigende Ölpreise wirken wie eine Steuer durch ausländische Ölexporteure, meinen sie. »Sich ändernde Energiepreise verursachen ökonomische Kosten ... Diese Kosten können letztlich das ökonomische Wachstum beeinträchtigen«, beschwert sich *Dick Cheney*, amerikanischer Vizepräsident und Architekt der neuen Nationalen Energiepolitik der USA, indem er seinem Unmut über die Marktmacht der OPEC freien Lauf lässt.⁷⁰

Diese Aversion der Vereinigten Staaten gegenüber der OPEC wird um so verständlicher, je mehr man wahrnimmt, dass das Erdöl der begehrteste aller Rohstoffe ist sowohl in ökonomischer als auch in strategischer Hinsicht.

1. Der Zugriff auf das Erdöl ist quasi-Bedingung für die Entfaltung eines mächtigen Militärpotenzials, das elementar auf dessen gesicherter Versorgung gründet. »Seit der Einführung

69 Ebenda. S. 96.

70 National Energy Policy, vorgestellt von der National Energy Development Group. Washington D.C. Mai 2001, Kapitel 8, S. 7.

ölgetriebener Kriegsschiffe am Beginn des 20. Jahrhunderts wird Petroleum als essentiell für Erfolge im Krieg betrachtet«. ⁷¹

2. Die modernen Wirtschaften brauchen den steten und ununterbrochenen Fluss möglichst billigen Erdöls. Jeder wesentlichen Rezession in den USA gingen Ölpreissteigerungen voraus. ⁷²

3. Eine eigene Kontrolle von Ölvorkommen zwingt andere auf diesen Rohstoff angewiesene Länder in ein Unterstellungsverhältnis, was im Krisenfall als mächtiger Hebel zur Durchsetzung eigener Interessen wirken und bei kriegerischen Auseinandersetzungen zu einem entscheidenden Vorteil führen kann. ⁷³

4. Die Nachfrage nach dem Rohstoff steigt dramatisch. Nach der Internationalen Energiebehörde (IEA) wird der weltweite Ölbedarf von gegenwärtig 72 Millionen Barrel pro Tag (mb/d) auf 115 mb/d im Jahr 2020 steigen. ⁷⁴ Dieser dramatische Anstieg des Bedarfs hängt hauptsächlich mit dem überproportional steigenden Bedarf Chinas und Indiens, aber auch der Vereinigten Staaten zusammen.

5. Die hohen Wachstumsraten des Ölverbrauchs führen mittelfristig zu einer Verknappung des Ölangebots, zu drastischen Versorgungsengpässen und langfristig zur totalen Erschöpfung der Ölreserven. So beträgt die derzeitige Reichweite der gesicherten Vorkommen der Welt an Erdöl 40 Jahre. Nach vorsichtigen Schätzungen wird zwischen 2010 und 2020 »die Zeit des unbegrenzt verfügbaren und preiswert zu fördernden konventionellen Erdöls Geschichte sein«. ⁷⁵

Falls die aktuelle Produktion beibehalten würde, reichen die Vorräte der USA noch 10,1 Jahre, die Europas (vor allem der Nordsee) noch 7,8 Jahre und die Russlands 19,1 Jahre. Demgegenüber beträgt die Reichweite des Mittleren Ostens

71 Michael Klare: *Ressource Wars. The New Landscape of Global Conflict*. New York 2000. S. 29.

72 Siehe Katherine Hoffmann, Winand von Petersdorf: Die Tage des billigen Öls sind gezählt. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 11. Februar 2002. S. 13.

73 Siehe Shibley Telhami: *The Persian Gulf: Understanding the American Oil Strategy*. In: *Brookings Review*. vol. 20. Nr. 2. Frühjahr 2000. S. 30 ff.

74 Internationale Energiebehörde: *Weltenergieüberblick 2000*. Februar 2001. S. 36.

75 Peter Kehrer: *Das Erdöl im 21. Jahrhundert - Mangel oder Überfluß? Vortrag im Erdölmuseum Wietze*. 10. März 2000.

noch 88,8 Jahre.⁷⁶ Deshalb wird der Persische Golf noch sehr lange im Zentrum der Energiepolitik und der Militärstrategie der USA stehen. Nicht umsonst heißt es in einem Strategiepapier für die US-Republikaner vom September 2000: »Die Notwendigkeit für eine massive Präsenz von US-Streitkräften am Golf ist ein Thema, das weitreichender ist als das Problem des Saddam-Hussein-Regimes.«⁷⁷

6. Die größten Ölreserven der Welt befinden sich fast ausschließlich in den von Konflikten durchsetzten Gebieten, vor allem im Persischen Golf und in der Kaspischen Region. Dies führt dazu, erstens, dass Auseinandersetzungen um Öl in Zukunft häufiger werden und zweitens, dass die Wahrscheinlichkeit wächst, dass die die Ölversorgung gefährdenden Konflikte immer häufiger von außen militärisch »beigelegt« werden.⁷⁸

Obwohl Öl schon lange eine wichtige Rolle in der amerikanischen Strategieplanung spielt, hat die zunehmende Abhängigkeit von Importen zur Folge, dass seine Bedeutung in den letzten Jahren weiter zunahm. Vieles deutet zugleich darauf hin, dass man inzwischen verstärkt dabei ist, zur Ressourcen-sicherung auch militärische Mittel anzuwenden.⁷⁹

Auch strukturell wurde dieser Anforderung Rechnung getragen. Im Oktober 1999 verlegte das Pentagon die rohstoffreiche Region Zentralasien vom Pacific Command in den Zuständigkeitsbereich des US-Central Commands (CENTCOM), welches bereits mit der Absicherung der Vorkommen am Persischen Golf beauftragt ist. Dies ist ein »Zeichen eines großen Wandels im strategischen Denken der USA. (...) Hinter dieser Veränderung der strategischen Geographie steht eine Akzentverschiebung auf den Schutz der Versorgung mit vitalen Ressourcen, besonders Öl und Gas.«⁸⁰

76 BP -Amoco. Statistical Review of World Energy. June 2002. S. 4.

77 Zit. nach Gilles Dorronsoro: Naher Osten und Nord-Afrika. Viel Erdöl und wenig Wasser. In: »Le Monde diplomatique«. Atlas der Globalisierung. Paris/Berlin 2003. S. 168.

78 Siehe Robert D. Kaplan: The Coming Anarchy. In: »The Atlantic Monthly«. Februar 1994.

79 Siehe Donald Losman: Economic Security A National Security Fally? In: CATO Policy Analysis. Nr. 409. August 2001.

80 Michael T. Klare: The New Geography of Conflict. In: »Foreign Affairs«. Mai/Juni 2001. S. 49.

Der stark ansteigende Ölbedarf der USA geht weit über das hinaus, was alternative Quellen, seien es Russland oder die Region um das Kaspische Meer, jemals liefern können. Das Kaspische Meer mit nachgewiesenen Vorkommen in Höhe von 16 bis 26 Milliarden Barrel wird bis 2020 bestenfalls 4,5 Millionen Barrel pro Tag liefern können. Und im Gegensatz zu Saudi-Arabien verfügen die anderen wichtigen Förderländer außerhalb von Russland und der Golfregion nur über begrenzte Vorräte, zum Beispiel Venezuela, das im Jahr 2000 14,7 Prozent der USA-Öleinfuhren deckte.⁸¹

Deshalb bestand ein unmittelbares Interesse der dem Erdöl-Clan zugehörigen *Bush*-Administration an Irak natürlich darin, seine riesengroßen Ölvorkommen unter US-Kontrolle zu bringen. Wurden Iraks Ölreserven einst auf 112 Milliarden Barrel geschätzt, gehen neuere Untersuchungen inzwischen von etwa 330 Milliarden Barrel aus – das sind fast ein Drittel mehr als das bisher ölfreichste Land der Welt – Saudi-Arabien aufzuweisen hat.⁸² Das US-Energieministerium rechnet, dass die geschätzte Gesamtmenge der irakischen Ölvorräte ausreichen würde, die Öleinfuhren der Vereinigten Staaten auf ihrem heutigen Niveau 98 Jahre lang zu decken.⁸³

Deshalb hat die langfristige Sicherung des Zugriffs auf die gesamten Ölvorkommen am Persischen Golf bei den Kriegsplanungen der USA gegen den Irak eine entscheidende Rolle gespielt, besonders seitdem Saudi-Arabien begonnen hat, »fundamentalistische Terrorgruppen zu unterstützen«, und die USA die Installation eines neuen Vasallenregimes in Saudi-Arabien für dringend geboten halten.⁸⁴

Die immensen Vorkommen im Irak könnten die USA nach dem Krieg und der Beendigung der Sanktionen gegen den Irak zu einem der wichtigsten Weltölversorger aufsteigen lassen, die angespannte Versorgungslage der USA entschärfen und so die Preise senken, ließ eine Studie des Think Tanks von *Bush*-

81 Siehe Philip S. Golub: Interventionismus und Energiepolitik. In: »Le Monde diplomatique«. Atlas der Globalisierungspolitik. Paris/Berlin 2003. S. 97.

82 Siehe Clemens Ronnefeldt: Ist ein Feldzug gegen den Irak noch vermeidbar? In: Graswurzelrevolution. Nr. 269. 2002.

83 Middle East Report. Herbst 2002. In: San Francisco Chronicle. 27. September 2002.

84 Siehe Time Travellers: A Survey of the Gulf. In: Economist. 23. März 2002.

Intimus *James Baker* wissen und forderte gleich noch eine härtere Gangart gegenüber dem Irak.⁸⁵

Die US-Öllobby ihrerseits machte kein Geheimnis aus ihrem großen Interesse am Irak, zumal dort die Förderkosten mit unter einem Dollar pro Barrel noch niedriger sind als in Saudi-Arabien, was den US-Ölkonzernen riesige zusätzliche Profite sichern könnte.⁸⁶

Verständlich ist deshalb der Wunsch des Vorstandsvorsitzenden von Chevron: »Der Irak besitzt riesige Öl- und Gasreserven – ich würde es lieben, wenn Chevron Zugang zu ihnen bekommen würde«.⁸⁷

Zur Untermauerung ihres Anspruches auf Weltherrschaft zielen die politische Administration, das Unternehmertum und der militär-industrielle Komplex der USA auf die komplette Neuordnung und Unterwerfung einer ganzen Region; sie bereiten sich gemeinsam auf entscheidende Veränderungen auf dem Weltmarkt vor, um das Ölproblem – die Achillesferse der USA – für längere Zeit zu lösen und der Welt eine neuartige amerikanische Ölordnung zu diktieren. Als die beste Lösung schlägt der neokonservative britische Historiker *Paul Johnson* »die Wiederbelebung des Mandatssystems des alten Völkerbundes« vor, »das zwischen den Weltkriegen als ›respektable‹ Form des Kolonialismus gute Dienste leistete«.⁸⁸

Die USA haben nach ihrem militärischen Sieg im Irak mit ihrer militärischen Verwaltung im Sinne *Johnsons* ihr Mandatssystem installiert und sind auf der Suche nach passenden Irakern für das von ihnen angestrebte irakische Vasallensystem.

Im Krieg gegen den Irak und in der danach verflössenen Zeit haben die USA die in den 1970er Jahren verstaatlichten Erdölreichtümer des Landes unter eigene Kontrolle gestellt ganz im Sinne des Sprachrohrs der Geschäftswelt der USA »Wall Street Journal«, das unverblümt verlangte: »Lasst uns ein Monopol im Nahen Osten knacken«.⁸⁹

85 Siehe Edward I. Morse, Amy M. Jaffe: Strategic Energy Policy Challenges for the 21st Century. New York 2001. S. 43.

86 Siehe Jürgen Krönig, Fritz Vorholz: Der Traum vom Öldorado. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 19. September 2002. S. 21.

87 Zit. nach James A. Paul: Iraq: The Struggle for Oil by Global Policy Forum. August 2002.

88 »Wall Street Journal« vom 9. Oktober 2002.

89 »Here is a Middle East Monopoly to Bust«. In: »Wall Street Journal« vom 9. Oktober 2002.

Dafür hat sich der Krieg gegen den Irak schon gelohnt. Die Eroberung der irakischen Ölfelder wird den Ölkonzernen der USA und Großbritanniens eine riesengroße Monopolrente garantieren. Geht man von einem Gesamtvolumen an Erdöl des Iraks von mindestens ca. 150 Milliarden Barrel aus, so beläuft sich bei 25 – 30 Dollar je Barrel ihr Bruttogesamtwert auf ca. 3,75 bzw. 4,5 Billionen Dollar. Das ist doch ein lohnendes Kriegsziel. Es handelt sich bei dieser Monopolrente um eine Wertmenge, die aufgrund von Umverteilungsprozessen als Differenz von Verbrauchspreis und Förderkosten entsteht und die von den »neuen Eigentümern« der Förderrente als Renteneinkommen angeeignet werden kann.

Es ist anzunehmen, dass bald nach dem Krieg und der Aufhebung des Sanktionsregimes des UNO-Sicherheitsrats – vor allem betreffs des Erdöls – die OPEC-Staaten mit einem von den USA diktierten Mitspieler auf dem Weltölmarkt konfrontiert sein werden, der die irakische Ölförderung und den Export massiv ausweitet und der seine Ölindustrie nicht mehr dem OPEC-Quotenzwang anpasst. Der Ölpreis könnte dann kollabieren und die OPEC im Laufe der Zeit stranguliert werden. Sogar Saudi-Arabien, wichtigster Öllieferant der Welt, wäre dann nicht mehr in der Lage, die durch das billige Öl entstehende Schrumpfung seiner finanziellen Einnahmen durch sehr niedrige Öleinkommen auf lange Sicht durchzuhalten. Saudi-Arabien könnte – ebenso wie andere wichtige ölexportierende Staaten – gezwungen werden, die Ölreichtümer zu privatisieren, d. h. den ausländischen Ölkonzernen zu veräußern. Ist das geschehen, könnte der Ölpreis wieder steigen, damit sich dann die von den US-amerikanischen Ölkonzernen Exxon und Texaco sowie dem British Petroleum (BP) und dem britisch-holländischen Shell getätigten Investitionen in der Golfregion lohnen.

Sollte es den USA durch ihren Krieg gegen den Irak dauerhaft gelingen, große Teile der Ölförderung des Nahen Ostens direkt oder indirekt zu kontrollieren, würden sie über einen hervorragenden hegemonialpolitischen Hebel verfügen, den sie in nächster Zukunft bei allen möglichen wirtschaftlichen, politischen sowie geostrategischen Auseinandersetzungen wirkungsvoll und unmittelbar einsetzen könnten, und zwar nicht nur gegen die Länder des Nahen Ostens, sondern zugleich gegen Europa, Russland, Indien, China, Japan und die Organisation

Erdölexportierender Länder (OPEC). Die genannten Staaten haben grundsätzlich unterschiedliche Interessenkonstellationen in ihrer Abhängigkeit vom Öl. Der gemeinsame Nenner in ihrer Ausgangslage ist, dass sie alle das Erdöl für die eigenen Bedürfnisse brauchen. Die einen sind große Konsumenten und müssen große Mengen an Rohöl importieren. Wichtige Repräsentanten dieser Gruppe sind u. a. die USA, Europa, Japan, China, Indien. Sie alle sind an möglichst niedrigen Ölpreisen auf dem Weltmarkt interessiert. Andere Länder sind zugleich große Produzenten, große Konsumenten und gleichzeitig große Exporteure. Wichtigster Repräsentant dieser Gruppe ist Russland, das die Vorliebe für höhere Erdölpreise als natürlich empfindet. Russland ist dem Weltmarktpreis für Öl ausgeliefert, ohne ihn selbst beeinflussen zu können. Jeder Dollar pro Barrel mehr oder weniger verändert den russischen Staatshaushalt um ca. eine Milliarde Dollar. Damit wäre auch Russlands Fähigkeit beeinträchtigt, Auslandsschulden zu bedienen und zurückzuzahlen. Hier zeichnen sich für Russland gefährliche Konstellationen ab. Dritte Länder sind gleichzeitig große Produzenten und Exporteure, aber zugleich nur kleine Konsumenten. Repräsentanten dieser Staatengruppe sind die Länder des Nahen Ostens, des Kaspischen Raums und des Mexikanischen Golfs. Für sie ist der möglichst hohe Preis des Öls auf dem Weltmarkt als die wichtigste Einnahmequelle ein Imperativ.

Je größer die Ölabhängigkeit der Staaten ist, um so stärker ist ihr Interesse an niedrigeren Ölpreisen. Um so größer ist zugleich die Bereitschaft mancher dieser Länder, die Hegemonialposition der USA hinzunehmen, damit der stabile Fluss einer preiswerten Ölversorgung gewährleistet wird.

Anderen Ländern, wie Russland und Frankreich, die Ölverträge mit dem *Saddam*-Regime hatten, kommt diese Hegemonialposition der USA überhaupt nicht zupass.

Frankreich ist mit geschätzten 12,5 bis 27 Milliarden Barrel das im Irak am stärksten mit Konzessionen bedachte Land.

1997 sicherte sich das russische Luk-Oil-Unternehmen die Rechte zur Förderung auf einem der weltweit größten Ölfelder des Irak – »Westkurna 2«. An der Ausbeute wollten sich zwei weitere Firmen beteiligen, mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 3 Milliarden Dollar. Die anvisierte Fördermenge sollte 20 Milliarden Barrel erreichen und der erhoffte

Gewinn 20 Milliarden Dollar ausmachen. Der Gesamtwert der russischen Ölkonzessionen im Irak betrug 10 Milliarden Dollar.

China plante seinerseits, mit Investitionen in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar bis 2020 bis zu 5 Milliarden Barrel Öl aus dem Irak zu importieren.⁹⁰

Unter amerikanischem Druck beabsichtigt die irakische Exilopposition (Iraqi National Congress), »alle diese Vereinbarungen erneut (zu) prüfen«. Deren Führer, *Ahmad Chalabi*, geht sogar noch weiter, indem er betont, er bevorzuge ein US-geführtes Kuratorium.⁹¹ Hierin scheint zum Teil ein wichtiger Grund zu liegen für die russisch-französisch-chinesische Opposition zum US-Krieg gegen den Irak.

Allerdings ließ die *Bush*-Administration ihre Bereitschaft erklären, im Austausch für die Zustimmung zum Krieg andere Länder ebenfalls an der künftigen Ausbeutung der irakischen Ölvorkommen zu beteiligen. Der Ex-CIA-Direktor *James Woolsey* hat seinerseits gedroht, dass eine ablehnende Haltung zum Krieg mit dem Verlust von Konzessionen und bisherigen Investitionen bestraft werden wird.⁹²

3.4. Sicherung der Leitwährungsfunktion des US-Dollars

Als Delikt des Antiamerikanismus, ja sogar als Ketzerei würde die Finanzlobby der USA die Behauptung abqualifizieren, es bestünde zwischen dem Irak-Krieg und der weiteren Sicherung der Funktion des Dollars als Leitwährung irgendein Zusammenhang, falls die knallharte Realität nicht dafür sprechen würde. Die USA gelangen tatsächlich durch die Kontrolle der irakischen Ölförderung zu maßgeblichen Machthebeln in ihrem langjährigen Kampf um die Kontrolle der OPEC. Der Sieg im Irak-Krieg ermöglichte den USA, auf Distanz zu Saudi-Arabien zu gehen, das von ihnen zunehmend als Zufluchts- und Brutstätte des radikalen Islamismus wahrgenommen wird. Denn bislang besitzt nur Saudi-Arabien innerhalb der OPEC den

90 Siehe Kostas Kipuros: Öl: wer macht welche Geschäfte. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 8./9. Februar 2005, S. 5.

91 Siehe Dan Morgan, David B. Ottaway: When it's over, who gets the Oil? In: »International Herald Tribune« vom 16. September 2002.

92 Ebenda.

eigentlichen Spielraum, die Ölförderung der Organisation hoch- oder herunter zu fahren und somit den Preis auf dem Weltölmarkt zu manipulieren.

Dem zweitgrößten Ölproduzenten der Welt – dem Irak – fehlt diese Option angesichts der UNO-Sanktionen. Russland entbehrt ebenfalls diese Option, da es kein Mitglied der OPEC ist. Unter dem neuen Umstand der Besetzung Iraks durch die USA wird der Persische Golf zu einer Quelle neuer Spannungen und Konflikte. Denn eine sich unter US-Aufsicht vollziehende Ausweitung der Ölproduktion des Irak würde den Preis des Öls auf dem Weltmarkt drücken, was dem russischen Staatshaushalt und den Gewinnen der Saudis aus dem Ölgeschäft schlecht bekäme; während im Gegenteil eine Drosselung der irakischen Produktion in erster Linie Japan, China, Indien und Europa treffen würde, die in hohem Maße auf billiges Öl aus dem Persischen Golf angewiesen sind.

Das Machtinstrument, das die USA mit der Kontrolle der weltweit so wichtigen Ölreserven Iraks in die Hand bekommen, birgt viele Gefahren in sich. Da sie damit sowohl die Produktionsmengen als auch den Weltmarktpreis des wichtigsten aller Rohstoffe beeinflussen können, wären die USA in der Lage, die großen Ölexportländer Russland und Saudi-Arabien sowie Iran, Libyen und Venezuela mit niedrigen Weltmarktpreisen beliebig zu schädigen oder mit hohen Weltmarktpreisen die stetige wirtschaftliche Entwicklung des großen Ölimporteurs China zu bremsen und die japanische und europäische sowie die indische Industrie, die fast gänzlich auf importiertes Öl angewiesen ist, in den Würgegriff zu nehmen, sollten diese Länder versuchen, eigene Wege zu gehen.

Allem Anschein nach beabsichtigen die USA nach ihrem militärischen Sieg im Irak, eine geschwächte OPEC-Organisation in ihrem eigenen Sinne zur Aufrechterhaltung des bislang geltenden Petrodollar-Mechanismus auf dem Weltölmarkt weiterhin instrumentalisieren zu wollen.

Bis zum Irak-Krieg wurde das OPEC-Öl auf dem Weltmarkt von allen Staaten nur in Dollar als Leitwährung abgerechnet, die dann primär in die USA reinvestiert oder/und durch Waffenkäufe aus den Öllieferländern in die USA zurücktransferiert wurden. Die bisherige Praxis der Dollarabrechnung des Öls stützte somit den ständigen Ankauf von Dollar und die Dominanz des Dollars im Welthandel. Die Rolle

des Dollars als Leitwährung basiert insofern nicht zuletzt auf der Berechnung der strategischen Rohstoffe – zu allererst des Rohöls – in US-Dollar. Bis zur Einführung des Euro verfügten die USA ungeteilt über die internationale Leitwährung.

Dieses Währungsmonopol und die damit verbundene Möglichkeit, inländische (US-amerikanische) Wirtschaftsaktivitäten durch nahezu unbegrenzte Kapitalimporte aus anderen Ländern finanzieren zu lassen, erlaubte den USA, ihre Wirtschaft und ihren Lebensstandard bedenkenlos über die Verschuldung zu sichern. Das enorme Handelsdefizit der USA, die seit 1986 zum Nettoschuldner geworden sind, wäre ohne diese Rolle des Dollars kaum zu finanzieren gewesen. Jene Dollarabrechnung hat es den USA gleichzeitig ermöglicht, nicht nur die Länder der Dritten Welt, sondern auch die wichtigsten Industriestaaten in Europa sowie Japan zu dominieren. Diese Dominanz der USA wird durch die wachsende Präsenz des Euro in Frage gestellt. Mit der Einführung eines einheitlichen, seiner Größe nach mit den USA vergleichbaren Währungsraums ist die Möglichkeit entstanden, Kapital in gleichen Mengen und mit gleichem Risiko auch in Europa anzulegen. Damit werden die Spielräume steigender Auslandsverschuldung der USA eingeschränkt, die seit rund zwei Jahrzehnten eine der wichtigsten Quellen überdurchschnittlichen Wachstums in den USA ausmachen. Deshalb fürchten die neokonservativen Vordenker der USA in erheblichem Maße die Stärke des Euro und den möglichen Verlust der Funktion des Dollars als Leitwährung an den Euro. Dies könnte die USA-Wirtschaft ganz schnell an den Rand einer so noch nicht dagewesenen Rezession bringen. Die Furcht vor einer ähnlich gearteten Entwicklung scheint in unmittelbarem Zusammenhang mit den neuerlichen Anstrengungen der Hardliner in der *Bush*-Administration zu stehen, das »alte Europa« gegen das »neue« auszuspielen, sowie eine verstärkte Kooperation der Eurozone mit den erdölreichen Ländern des Persischen Golfs zu verhindern. Dem soll zugleich eine effektivere Einbindung der Außenwirtschaft der Ölstaaten in den Außenhandel der USA dienen, mit dem Ziel, die Petrodollar noch besser als bisher in die US-Wirtschaft zu schleusen und einer Abwicklung des Ölgeschäfts über den Euro den Weg zu versperren.

Amerikanischer Imperialismus ist deshalb auch letztendlich Petrodollar-Imperialismus. Dramatisch ist daher aus USA-

Sicht, dass neben Venezuela Iran und auch Saudi-Arabien die Möglichkeit prüfen, künftig ihr Öl in Euro abzurechnen, was den Dollar als Leitwährung unter starken Druck setzen, die USA wirtschaftlich enorm schädigen und die gegenwärtige Balance zwischen Euro und Dollar zu Gunsten des ersteren ins Wanken bringen würde.

Diese Entwicklungen und Befürchtungen führten dazu, dass der US-Administration nahe stehende Neokonservative verschiedentlich die Entmachtung von Präsident *Chávez* in Venezuela, den »friedlichen« Regimewechsel im Iran sowie die Besetzung Saudi-Arabiens bzw. die Abspaltung der ölreichen Gebiete des Landes gefordert haben.

Im Irak-Krieg ging es somit neben hegemonialen geostrategischen Interessen gleichermaßen um die Sicherung dauerhafter Öl- wie auch Kapitalflüsse, um den Erhalt der Funktion des Dollars als Leitwährung, wovon die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in hohem Maße abhängig ist. »Dafür wurde ein Land in die Steinzeit gebombt, das Land mit Millionen Jahre strahlendem Uranstaub aus westlichen Atomkraftwerken verseucht, Kulturerbe der Menschheit vernichtet.«⁹⁵

3.5. Nutzung des Krieges als Ablenkungsmittel von der sozialen Krise in den USA

Zu den geostrategischen und energiespezifischen Hintergründen, die den erklärten, zeitlich und räumlich unbefristeten »Kreuzzug gegen die Achse des Bösen« – mit dem Mittelpunkt *Saddam Hussein* und Irak – aus der Sicht der »Falken« in der *Bush*-Administration notwendig machten, gesellt sich außerdem der gefährdete innere Zusammenhalt der US-amerikanischen Nation, die noch nie so zerrissen, sozial und ethnisch so tief gespalten war wie nach den Anschlägen des 11. September 2001, einer ganzen Nation, die unentwegt mit Bildern und Metaphern des Krieges gefüttert wurde und ihn so mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auch aus sich selbst heraus gebiert.

Der Krieg war ja schon immer, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und sozialer Erschütterungen ein willkommen-

95 Moritz Nestor: Kommentar. In: »Zeit-Fragen«. Zürich vom 19. Mai 2003. S. 3.

menes Ablenkungsmittel, das innere Einheit vorgibt, indem es den Zwiespalt, die Gewalt und die Zerstörung nach außen trägt.

Der aggressive Neoliberalismus amerikanischer Machart hat nicht nur Millionen Menschen in den USA in die Verarmung getrieben, er hat auch zu einer Verunsicherung sämtlicher Lebensbereiche – vor allem bei Arbeit, Krankheits- und Altersvorsorge geführt.

Angefangen hatte es mit der neoliberalen Rosskur in der *Reagan*-Ära, die unter *Clinton* ungehemmt weitergeführt wurde. Diese verbesserte zwar die geschwächte Wettbewerbsfähigkeit der USA-Wirtschaft wesentlich und senkte die Arbeitslosenrate zeitweise, dafür aber bescherte der forcierte Wettbewerb mehr als der Hälfte der US-Amerikaner einen sozial-ökonomischen Abstieg, der bislang kein Ende hat. Aus ihnen rekrutiert sich folgerichtig die Armee, die die Hoffnung vieler auf existenzsichernde Jobs erfüllt, freilich immer öfter um den Preis der Gesundheit und des Lebens.

Golden waren die 1990er Jahre des US-amerikanischen »Booms« nur für die Reichen und einen Teil der Mittelschichten, kam doch aller Zuwachs an Vermögen und Einkommen nur dem oberen Fünftel, etwa 20 Millionen Haushalten zugute. Für fast drei Viertel der arbeitenden Bevölkerung fielen schon die durchschnittlichen Bruttolöhne in der *Clinton*-Ära um 19 Prozent. Für das untere Drittel der Einkommenspyramide war die Lohnsenkung noch drastischer: es erhielt sogar weniger Lohn als vor zwanzig Jahren.

Die Lage der lohnabhängigen US-Bevölkerung ist wesentlich schlechter als in vergleichbaren europäischen Staaten. Das war nicht immer so. Der US-Fabrikarbeiter arbeitet heute im Tagesdurchschnitt länger bei einem niedrigeren Stundenlohn als 1989; im internationalen Vergleich nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeitet der US-Fabrikarbeiter zwei Wochen mehr als sein japanischer Kollege und sogar zehn Wochen mehr als ein deutscher Arbeiter.⁹⁴ Zu weit über einem Drittel arbeiten US-amerikanische Arbeitnehmer heute in Teilzeitjobs, wo früher feste Arbeitsplätze bestanden. Ende der 1970er Jahre stand noch jeder zweite in einem festen Arbeitsverhältnis; jetzt sind es nur noch 40 Prozent.

94 Siehe Arno Klönne, Werner Biermann: *The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Megamacht.* Papy Rossa Verlag 2003.

Besonders schlecht ist die Lage junger Arbeiter. Nur 45 Prozent der jungen Arbeiter – gegenüber 60 Prozent der älteren Arbeiter – sind rentenversichert; 75 Prozent haben keinen College-Abschluss. Zwischen 1970 und 1995 musste die Gruppe der jungen Arbeiter Reallohnkürzungen in der Größenordnung von 29 Prozent hinnehmen. Zu den working poor gehören mehr als 35 Millionen Amerikaner, das sind 13,3 Prozent der Gesamtbevölkerung der USA.⁹⁵ Auf der untersten Sprosse aber stehen die schwarzen Amerikaner: ihr Durchschnittseinkommen ist heute 61 Prozent niedriger als das der weißen Amerikaner. Dieses prozentuale Gefälle gab es schon mal in der US-amerikanischen Geschichte: im Jahr 1880.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde auf dem Niveau von 1990 praktisch eingefroren und hat seither 30 Prozent seiner Kaufkraft eingebüßt. Die ärmsten 60 Prozent der Bevölkerung hatten nach Steuerabzug 1999 weniger in der Tasche als 1977 – obwohl die USA-Wirtschaft in dieser Zeit mehrere Wachstumszyklen durchlaufen hat. 1979 verfügten die reichsten 5 Prozent der Haushalte über zehnmal so hohe Einkünfte wie die ärmsten 20 Prozent. Bis 1989 stieg das Verhältnis auf 16 zu 1, bis 1999 auf 19 zu 1.⁹⁶

Bei einer Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland in einer Größenordnung von fast drei Billionen US-Dollar und einer Neuverschuldung von 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – zum Vergleich beträgt die zugelassene Höhe in der EU 3 Prozent – sind die USA heute mehr denn je auf ausländische Gelder angewiesen. Trotzdem übersteigt das US-Verteidigungsbudget für das Haushaltsjahr 2002/2003 das Vorjahresniveau um 48 Milliarden Dollar – oder um das gesamte japanische Verteidigungsbudget – es liegt heute mit insgesamt 379 Milliarden Dollar bei 3,5 Prozent des US-Bruttoinlandsprodukts – und kommt damit 100 Prozent des gesamten russischen Bruttoinlandsprodukts gleich.⁹⁷

US-Präsident *Bush* nutzt die berechtigten Ängste in der Bevölkerung vor terroristischen Gewalttaten aus, um innergesell-

95 Ebenda.

96 Siehe Serge Halimi: *Hypermacht USA. Millionäre und Tellerwäscher*. In: »Le Monde diplomatique«. Atlas der Globalisierung. Paris/Berlin 2005. S. 100-101.

97 Siehe Gilbert Achcar: *Rüstung und internationale Strukturen. Verteidigungsausgaben, Waffenarsenale und Militärbündnisse*. In: »Le Monde diplomatique«. Atlas der Globalisierung. Paris/Berlin. 2005. S. 36-37.

schaftlich für die entstandene sozial-ökonomische Schieflage einen weiten Spielraum zu gewinnen und den Schulterchluss mit seiner Administration für den Krieg gegen den Irak zu fordern: »In diesem Jahrhundert«, sagte er, »ist die Ideologie von Macht und Herrschaft wieder aufgetaucht und strebt nach den ultimativen Waffen des Terrors. Und wieder einmal steht diese Nation mit allen ihren Freunden zwischen einer friedlichen Welt und einer chaotischen Welt in ständiger Alarmbereitschaft. Wieder einmal sind wir aufgerufen, die Sicherheit unseres Volkes und die Hoffnungen der gesamten Menschheit zu verteidigen. Wir übernehmen diese Verantwortung«. ⁹⁸

In einer sozial und ethnisch so tief gespaltenen Gesellschaft wie der amerikanischen hat der kriegerische Patriotismus in Verbindung mit einem aggressiven Feindbild, das über Jahrzehnte der »Kommunismus« war, schon immer eine die Nation einigende und stabilisierende Funktion gehabt. Erst recht nach dem 11. September 2001.

Der »Jahrhundertkrieg« gegen den Terror befriedet, wenn auch nur zum Schein, zeitweilig die tiefen innergesellschaftlichen Gegensätze in der US-amerikanischen Bevölkerung und lenkt alle Kräfte der Nation auf den äußeren Feind unter dem Motto: die großartigste aller Nationen der Welt steht gemeinsam auf und schlägt mannhaft zurück!

98 Bericht zur Lage der Nation von Präsident George W. Bush. State of the Union Adress by President George W. Bush am 28. Januar 2003 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington.

4. DER IRAK UNTER BESATZUNG

4.1. *Der steigende Preis der Besatzung*

»Dieser Krieg, so er kommt, soll dazu dienen, den Status der Vereinigten Staaten als flügge gewordenes Weltreich zu bestätigen, das die alleinige Verantwortung und Autorität des Welt-polizisten übernimmt«, forderte *Jay Bookman* im Namen der ultrakonservativen Anhänger der *Bush*-Administration Monate vor dem Irak-Krieg. »Es wäre die Krönung eines Plans«, beschwor er, »an dem seit zehn oder mehr Jahren gearbeitet wurde und der jetzt verwirklicht wird von denen, die überzeugt sind, dass die Vereinigten Staaten die Gelegenheit zur Welt-herrschaft ergreifen müssen, selbst wenn dies bedeutet, dass wir die »amerikanischen Imperialisten« werden, die wir unseren Feinden zufolge immer waren ... Rom hat sich nie zu Containment (einer Politik der Eindämmung – S. L.) herabgelassen, es hat erobert. Und das sollten auch wir tun«. ⁹⁹ Und die USA taten es.

Nach der Verkündung verschiedener Vorwände für den Angriff auf den Irak hat Washington seine Militärintervention schließlich als »Befreiungskrieg« präsentiert. Von den edlen Absichten der USA ist trotzdem niemand überzeugt. Alle Welt sieht hinter der Intervention kein anderes Motiv als die Verteidigung der Interessen Washingtons. Die Truppen der Koalition sind nicht gekommen, um den Irak zu »befreien«, sondern ihn zu besetzen und sich seine Reichtümer anzueignen.

Nach der Besetzung des Landes hat sich eine Pattsituation entwickelt zwischen der irakischen Bevölkerung, die überzeugt ist, unter amerikanischer Vormundschaft zu stehen, und einer Besatzungsmacht, die ihrerseits wiederum überzeugt ist, ihre Mission im wesentlichen erfüllt zu haben.

Die Haltung der USA wird von immer mehr Irakern mit der Politik *Saddam Husseins* verglichen und als deren Fortsetzung empfunden. Die Besatzungsmächte haben sich seit der Eroberung von Bagdad in den Heiligtümern des Irak und den Residenzen des alten Regimes verschanzt. Dort regiert eine

99 Jay Bookman: The Presidents Real Goal in Iraq. In: Monthly Review. New York. 29. September 2002.

Macht, die illegitim wirkt und fast ausschließlich mit der Wahrung ihrer eigenen Interessen beschäftigt ist. So ist in den Augen der Iraker ein Regime entstanden, das seine Gegner verhaftet und tötet und das es sich im Schutz seiner Festungen gut gehen lässt, sich auf eine selbst ernannte und dienstbereite Elite stützt, sich der Reichtümer des Landes bemächtigt und die Bevölkerung ihrem Elend überlässt.

Die Iraker kommen immer mehr zu der Überzeugung, dass die Besatzer deshalb nichts gegen die öffentliche Unordnung und die Verschärfung der Gewalt unternehmen sowie die Uneinigkeit der Iraker instrumentalisieren, weil sie so die militärische Besetzung des Landes verlängern können.

Die durch den Sturz *Saddam Husseins* erleichterten Iraker beginnen, sich immer heftiger gegen die Besatzer zu wenden. Die Falken der US-amerikanischen Administration haben sich verkalkuliert. Denn nach dem erstaunlich schnellen Sieg über die irakische Armee hatte wohl kaum einer der Washingtoner Strategen eine solche Wende erwartet. Wahr ist zwar, dass das *Saddam*-Regime besiegt wurde, aber der Preis wird im nachhinein in jeder Hinsicht immer höher.

4.2. *Der Streit um die künftige Gestaltung des Irak: Schiiiten, Sunniten, Kurden und das Parteiengeflecht im Nachkriegsirak*

Über die künftige Gestaltung des Nachkriegsiraks wird auf mehreren Ebenen zugleich heftig gestritten.

Auf der internationalen Bühne verlangten zwar der UNO-Generalsekretär *Kofi Annan* sowie Frankreich, Russland, Deutschland und – bis zu einem gewissen Grad unter Druck der britischen Kriegsgegner – auch Großbritannien eine maßgebliche Rolle der Organisation der Vereinten Nationen beim Wiederaufbau Iraks. Doch durch die Annahme der Resolution 1483 im UNO-Sicherheitsrat wurden diese Vorstellungen zunichte gemacht. Diese Resolution wurde zu einem zusätzlichen Sieg für die USA an der diplomatischen Front. Die Kriegsgegner haben sich der Macht der Tatsachen gebeugt, wie sie mit Waffengewalt geschaffen wurde. Die USA haben damit erst einmal die Sache selbst in die Hand genommen. Die Spannweite der Machtbefugnisse, die den Siegern des Krieges über die

politische und wirtschaftliche Entwicklung des Irak gewährt wurde, geht über alle vergleichbaren internationalen Verträge hinaus. Die Kriegsgegner hatten eine zeitliche Begrenzung der Besatzerrechte auf ein Jahr verlangt. Danach hätte der Sicherheitsrat über eine eventuelle Fortsetzung neu entscheiden müssen. Daraus wurde jedoch nichts.

Bei der Suche nach einem Statthalter der Besatzungsmacht, der im Irak residieren und die vom Pentagon eingerichtete Behörde für Wiederaufbau und humanitäre Hilfe leiten sollte, fiel die Wahl zunächst auf *Jay Garner* – Generalleutnant im Ruhestand – einen Vertreter des militär-industriellen Komplexes der USA, mit Erfahrung aus aktivem Einsatz im Vietnamkrieg und im Golfkrieg 1991.

Anfang Mai kündigte *Garner* die Bildung eines »Führungsrats« aus Irakern an, der einen Nationalkonvent für Juni vorbereiten sollte, mit der Maßgabe, dass dessen Delegierte die irakische Übergangsregierung wählen sollten. Der Exgeneral wurde jedoch bereits vier Wochen danach durch *Paul Bremer* abgelöst, der *Garner*s Pläne ad acta legte. Das Außenministerium hatte sich gegen das Pentagon durchgesetzt, da die Amtsführung von *Garner* eine einzige Katastrophe war. Damit platzte erst einmal ein allerletzter Versuch der Falken im US-Verteidigungsministerium, den Irak an ihre langjährigen Verbündeten aus den irakischen Oppositionsgruppen unter Führung des Leiters des Irakischen Nationalkongresses (INC) *Achmed Chalabi* zu übergeben.¹⁰⁰

Nicht einmal eine Woche war nach dem Einmarsch der US-Streitkräfte in Bagdad vergangen, als irakische Oppositionelle schon auf Distanz zu den Vereinigten Staaten gingen. Der Hohe Rat für die Islamische Revolution im Irak (Supreme Council for Islamic Revolution in Iraq – SCIRI) – die wichtigste schiitische Oppositionsgruppe im Irak – unter Führung von *Ajatollah Bakr al-Hakim*, forderte von Teheran aus die USA auf, so bald wie möglich aus dem Irak abzuziehen. Der Hohe Rat boykottierte die unter USA-Ägide von *J. Garner* geplante erste Konferenz für eine »Nachkriegsordnung« des Irak. Der Rat sehe keinen Grund, an dem Treffen teilzunehmen, da sich die wichtigsten Oppositionsgruppen bereits bei ihrem Treffen im

100 Siehe Juan Cole: Flirt der USA mit den irakischen Schiiten. Falken und Füchse. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Juli 2005. S. 7.

Dezemer 2002 in London und Ende Februar 2003 im nordirakischen Salaheddin auf vieles geeinigt hätten, was in der Zeit nach *Saddams* Regimewechsel wichtig sein würde.

Noch vor seiner Rückkehr aus dem Exil im Iran am 9. Mai forderte *al-Hakim* eine Lösung für die »vier vordringlichsten Probleme Iraks«. Erstens die Beseitigung der noch vorhandenen Reste des *Baath*-Regimes; zweitens den Rückzug der Besatzungstruppen; drittens die Etablierung eines neuen Regimes, das die existenziellen Alltagsprobleme der Bevölkerung anpacken und die Ordnung wieder herstellen müsse und viertens die Bildung einer Regierung, die von allen Irakern, also auch von allen ethnischen und religiösen Gruppen, zu wählen sei. »Wir wollen«, sagte er in seiner ersten Rede nach der Rückkehr in den Irak, »eine unabhängige Regierung. Jede aufgezwungene Regierung lehnen wir ab«. Der Irak müsse seine Gesetze »auf islamischen Grundsätzen aufbauen und Verhaltensweisen verbieten, die im Westen hinnehmbar sein mögen, im Islam aber nicht erlaubt sind«. ¹⁰¹

Das Verhältnis zwischen den USA und dem Hohen Rat ist schwierig und voller Widersprüche. Ihre Partnerschaft hat von Anfang an einen rein pragmatischen Charakter. So ist der SCIRI, mit Sitz in Teheran, die einzige religiöse Organisation der Schiiten, die bereit war, mit den USA bei der Beseitigung des *Saddam*-Regimes zusammenzuarbeiten. Im Sommer 2002 hat der SCIRI an entsprechenden Treffen in Washington teilgenommen. Er hat bei den Schiiten des Irak ¹⁰² beträchtlichen

101 Zit. nach ebenda.

102 Die Schiiten machen im Irak 60 bis 65 Prozent der Bevölkerung aus. Bei den städtischen Schiiten gibt es eine Spaltung zwischen den eher weltlich orientierten Elementen aus der Arbeiter- und der Mittelklasse und den Anhängern der religiösen Parteien. Die weltlichen Schiiten sind politisch nicht organisiert, waren aber früher stark in der kommunistischen Partei vertreten, die in den 1950er Jahren eine halbe Million Mitglieder hatte. In den ländlichen Gebieten sind viele Schiiten zwar nicht unbedingt weltlich gesinnt, aber ihre Loyalität gilt weit weniger den klerikalen Autoritäten als ihren Stammesführern. Die religiösen Schiiten dagegen sind gut organisiert, wobei sie sich auf vier Hauptgruppen verteilen. Die größte Gefolgschaft hat offenbar die Sadr-Familie. An ihrer Spitze steht heute der junge, dynamische Muqtada al-Sadr, dessen Vater, Ajatollah Mohammed Sadiq al-Sadr, am 19. Februar 1999 vom Saddam-Regime ermordet worden war. Muqtada al-Sadr weigert sich konsequent, irgendetwas mit den USA zu tun zu haben. Er lässt mit bitterem Unterton verlauten, die al-Hakims seien Feiglinge, die sich vor Saddam in das sichere Teheran geflüchtet hatten, während die Sadr-Familie geliebt sei und ihr Leben

Rückhalt und verfügt über eine paramilitärische Truppe von 10 bis 15 Tausend ausgebildeten Kämpfern. Was den SCIRI vor den anderen schiitischen Gruppierungen auszeichnet, ist sein hoher Organisationsgrad, sein paramilitärisches Potenzial und seine besondere Beziehung zu den USA, die allerdings starken Schwankungen unterliegt. Gegründet 1989 von *Mohammed Bakr al-Hakim* und anderen exilierten schiitischen Geistlichen in Teheran, operierte er von Beginn an gegen das *Hussein*-Regime. Im Herbst 2002 und in den ersten Monaten 2003 trafen sich Vertreter des SCIRI mehrfach mit dem von den USA unterstützten Iraqi National Congress (INC). Aber diese Zusammenkünfte lösten in den USA zunehmend Unbehagen aus, weil der SCIRI bekanntlich enge Verbindungen mit den schiitischen Hardlinern des Iran unterhielt.

Doch obwohl der SCIRI sich pragmatisch verhält und sogar Geschäfte mit den USA macht, verfolgt er letzten Endes ganz ähnliche Absichten wie die *al-Sadr-Dawa*-Partei betreffs der Zukunft Iraks. Beide wollen eine islamische Republik Irak, die von den religiösen Schiiten beherrscht wird. Dagegen steht die große sunnitische Minderheit und die Abneigung der USA gegen theokratische Systeme.

Dennoch sind sich die schiitischen Führer über ihre Rolle im NachkriegsIrak nicht einig.

Die schiitische Geistlichkeit unter dem Dach der Hausa – der theologischen Hochschulen der schiitischen Geistlichkeit – vervielfacht ihrerseits ihre Aktivitäten im besetzten Irak trotz des Drucks seitens der Besatzer. Diese nahmen am 23. April 2003 den geistlichen Schiitenführer *Mohammed al-Fartusi* auf dem Weg in die heilige Stadt fest. Dieser sollte in den nächsten Tagen einen wichtigen Posten in der Hausa Ilmija, der bedeutendsten theologischen Schule des Landes in Nadshaf, übernehmen. Bereits auf der ersten großen Demonstration nach dem faktischen Kriegsende in Nassirija war auf den Transparenten zu lesen: »Unsere Hausa ist unsere Führung«. Mit dieser Forderung nach politischer Führung der Hausa griffen die De-

riskiert habe. Der SCIRI hat seine Anhänger vor allem in den Städten im Osten des Landes, nahe der iranischen Grenze. Im Zentrum des schiitischen Südens um die Stadt Nassirija dominiert die Dawa-Partei, die aber auch in Basra und anderen Regionen über Anhänger verfügt. Eine vierte Gruppe orientiert sich an dem Großajatollah Al Sistani, der politisch weit weniger populär ist als sein hoher religiöser Rang vermuten lässt.

monstranten eine alte Forderung der islamischen Bewegung Iraks auf.¹⁰⁵

Der erste USA-Statthalter im Irak *Jay Garner* hatte versucht, besonders den SCIRI einzubinden, indem er in dem von ihm einberufenen Führungsrat aus fünf Gruppen dem SCIRI die alleinige Repräsentation der gesamten schiitischen Bevölkerungsmehrheit sicherte. Der neue Statthalter *Paul Bremer* dagegen hat den SCIRI gegenüber anderen schiitischen Islamisten herabgestuft. *Bremer* entschied sich zugleich für die Bildung eines provisorischen Regierungsrates unter US-amerikanischer Oberhoheit, der am 13. Juli bekannt gegeben wurde. Die meisten Iraker hätten nach dem Fall *Saddam Husseins* am liebsten selbst ihre Regierung gewählt. Doch *Paul Bremer* hielt dies unmittelbar nach 35 Jahren *Saddam*-System für verfrüht.

Paul Bremer, der zunächst keine große Eile hatte mit der Einberufung einer irakischen Zivilverwaltung, wurde buchstäblich dazu gezwungen unter dem Druck zunehmender Angriffe auf die Besatzungssoldaten und massiver Forderungen der verschiedenen politischen Kräfte nach Machtbeteiligung. Dem 25 Mitglieder umfassenden provisorischen Rat gehören 13 Schiiten (in der Geschichte des modernen Iraks stellen die Schiiten erstmals die Mehrheit in einem Regierungsorgan), jeweils 5 Sunniten und Kurden sowie ein assyrischer Christ und ein Turkmene an.

Dieser Rat kam zustande nach Verhandlungen vor allem mit sieben politischen Gruppierungen. Darunter sind die Patriotische Union Kurdistans (PUK), die Demokratische Partei Kurdistans (KDP), der Irakische Nationalkongress (INC) – alle drei sind langjährige Verbündete der USA. Dazu kommen die beiden großen schiitischen Parteien: der Oberste Rat der Isla-

105 Die theologischen Hochschulen hatten im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts großen religiösen und politischen Einfluss weit über die Grenzen des Irak hinaus. Beim Aufstand der schiitischen Stämme gegen die britische Besatzung 1920 spielten sie eine eminente Rolle. Ende der 1950er Jahre entstand hier die islamische Bewegung Iraks, vor allem als Reaktion auf Säkularisierungsbemühungen des Staates. 1958 entwickelte sich aus einer Vielzahl kleiner Gruppen an der Hausa von Nadshaf die älteste und wahrscheinlich die größte schiitisch-islamistische Partei Iraks, die Partei des islamischen Rufs (Hizb-al-Dawa al Islamiya), die zunächst allen Spaltungen standhielt. Aus ihr sind der SCIRI und andere Abspaltungen hervorgegangen. Im Unterschied zum SCIRI lehnt die Dawa-Partei das im Iran waltende Prinzip der politischen Herrschaft durch die islamistischen Rechtsgelehrten ab.

mischen Revolution im Irak (SCIRI) und die Islamische Al-Dawa-Partei. Weiterhin sind in diesem Kreis die Irakische Nationale Koalition, die Irakische Demokratische Partei sowie die Kommunistische Partei Iraks vertreten.

Nach Vorstellungen der Besatzungsmacht sollte dieses Gremium einen »Beratenden Rat« – »Advisory Council« – darstellen. Nach harten Verhandlungen wurde daraus doch ein »Regierender Rat« – »Governing Council«, der jedoch noch keine reale Übergangsregierung darstellt.

Paul Bremer wurde ermächtigt, nach seinem Ermessen jede Entscheidung des Gremiums zu kassieren. Der Rat darf Übergangsminister und Diplomaten ernennen sowie das Staatsbudget für das Jahr 2004 billigen. Seine wichtigsten Aufgaben sieht der Rat in der Herstellung der Sicherheit, der Wiederbelebung der Wirtschaft des durch die Kriege und die UNO-Sanktionen ausgebluteten Landes, der Vorbereitung einer neuen Verfassung und der allgemeinen Wahlen für eine neue irakische Regierung Ende 2004.

Der SCIRI macht keinen Hehl daraus, dass er den Verwaltungsrat als einen Kompromiss betrachtet und auf seine Stunde wartet. Die nächste Phase verlangt nach einer demokratisch gewählten Regierung, sagt sein Generalsekretär *Mehdi al-Awadi*. Den Fundamentalismusverdacht, der sich aus der engen Verbundenheit des SCIRI mit dem Regime in Teheran speist, lässt er nicht gelten: »Die Einheit des Irak hat für uns Priorität. Das iranische Experiment hat für uns keine Bedeutung«. ¹⁰⁴

Der vor allem in Bagdad und Nadshaf agierende *Muqtada al-Sadr* hat im Namen seiner Dawa-Partei in seiner Freitagspredigt am 18. Juli den provisorischen Regierungsrat heftig kritisiert als »Deckmantel, um uns die Freiheit zu nehmen und alles zu korrumpieren«. ¹⁰⁵ Die Iraker sollten den Rat ignorieren und sich einen islamischen Staat schaffen, verlangte er. Worauf seine Anhänger skandierten: »Nein zu Amerika! Nein zum Satan! Nein zu den Besatzungstruppen!«

¹⁰⁴ Siehe »Leipziger Volkszeitung« vom 14. Juli 2003.

¹⁰⁵ Zit. nach Anton Holberg: Warten Iraks Schiiten auf ein Mujahid-Signal? Von den vier Hauptgruppen der Islam-Richtung lehnt die Sadr-Bewegung Paul Bremers Regierungsrat ab. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 22. Juli 2003. S. 2.

Unter ähnlich aufgeheizten Bedingungen wurde der Schiitenführer Ajatollah Mohammed Bakr al-Hakim zusammen mit 82 anderen bei einem Bombenanschlag während des Freitagsgebets am 29. August 2005 in Nadshaf getötet. Daraufhin haben sowohl al-Hakims Bruder Abdel-Aziz al-Hakim, der am 3. September offiziell den SCIRI-Vorsitz übernahm, als auch der unabhängige schiitische Rechtsgelehrte Mohammed Badr al-Ulum aus Nadshaf die Mitgliedschaft im 25-köpfigen Regierungsrat ausgesetzt.

Die einzigen, die den US-Amerikanern ohne Einschränkung die Treue halten, sind die beiden Kurdenparteien: die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) unter *Masut Barzani*, die den Norden des Irak bis zur türkischen Grenze kontrolliert, und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) unter *Dshalal Talabani*, die den Süden des Irak bis zur Grenze mit dem Iran im Osten beaufsichtigt. Aus den freien Wahlen im irakischen Teil Kurdistans am 19. Mai 1992 war keine stabile Regionalregierung hervorgegangen. Erst im September 1998 einigten sich KDP und PUK in Washington auf die Bildung einer Übergangsregierung im Irakischen Kurdistan und erst am 8. September 2002 kam der Friedensvertrag zwischen der KDP und PUK zustande. Die beiden großen Kurdenparteien Iraks halfen den USA-Soldaten mit ihren Kämpfern bei der Einnahme von Kirkuk und Mosul im jüngsten Irak-Krieg. Beide Parteien hoffen, dass sie ihren halbautonomen Status im Nordirak mit Hilfe der US-Amerikaner in einem föderalen irakischen Staat bewahren können.¹⁰⁶ Die Türkei und der Iran lehnen die Bildung eines Kurdenstaates in Nordirak kategorisch ab. Die Sorgen beider Länder bezüglich der Entwicklung in Nordirak sind fast identisch. Beide Länder fordern, dass bei der Neugestaltung

106 Die Kurden im Irak – und in der Türkei – sind gegen das Saddam-Regime nicht erst seit den furchtbaren Giftgasangriffen von Halabija 1988. Die Ermordung Tausender Menschen durch die berüchtigte »Anfal Operation« des Baath-Regimes in den 1980er Jahren ist ihnen noch in schrecklicher Erinnerung. Sie wissen jedoch, dass die Waffen für diese Massaker aus dem Westen kamen – aus den USA, aus Großbritannien, aus Deutschland. Saddam war damals Partner des Westens: er führte Krieg gegen die Mullahs im Iran. Weitere Zehntausende von Kurden verloren ihr Leben in Aufständen gegen die Türkei, die diese mit brutaler Gewalt niederschlug. Hunderttausende wurden vor allem aus den ländlichen Gebieten vertrieben. Tausende schmachten immer noch in türkischen Gefängnissen.

Iraks die Interessen der Nachbarländer berücksichtigt werden müssen.

Der Traum der Kurden von einer unabhängigen Republik musste immer scheitern, weil er mit der Integrität von drei Staaten in Widerspruch stand. Die geopolitischen Realitäten reduzierten die Erwartungen der Kurden auf Autonomiemodelle. Sie haben im Nordirak unter dem Schirm der amerikanisch-britischen Luftwaffe ihre autonome Behörde aufgebaut. Die Errichtung einer Schutzzone für die Kurden infolge der Massenflucht 1991 und die Verabschiedung der Resolution 688 durch den UN-Sicherheitsrat führten dazu, dass *Saddam Hussein* die Kontrolle über mehr als drei Millionen irakischer Kurden verloren hat. Die iranischen Kurden sind bestrebt, mehr Einfluss im Iran zu gewinnen, während die türkischen Kurden hoffen, mit EU-Unterstützung erstmals kulturelle Rechte zu erlangen.

Eine etwaige Proklamation eines unabhängigen Kurdenstaates an der türkischen Grenze ist für die Türkei unvorstellbar. Dementsprechend fordert sie von den USA, die territoriale Integrität des Irak zu garantieren und den irakischen Kurden nicht nur jeglichen Kurdenstaat, sondern auch jede Kontrolle über die ölfreiche Region um ihre historische Hauptstadt Kirkuk zu verweigern. Die Errichtung einer autonomen Region im Rahmen eines irakischen Föderationsstaates wäre ein Präzedenzfall, ein Vorbild für die anderen Länder – Iran und Syrien – mit kurdischer Bevölkerung. Genau davor fürchtet man sich in der Türkei, die sich schon jetzt im Namen der turkmenischen Minderheit anmaßt, über die innere Gestalt eines neuen Irak und insbesondere über das Schicksal der Provinz Kirkuk zu bestimmen. Die USA mussten die Verantwortung dafür übernehmen, dass es hier nicht zu einem »zweiten Fall Zypern« kommt.¹⁰⁷

Die Türkei hat ihrerseits ihre generelle Bereitschaft durchblicken lassen, ein Hilfversuchen der USA-Regierung, 10.000 türkische Soldaten nach Irak zu entsenden, positiv zu entscheiden. Zu einem schwierigen Problem dürfte dabei das Einsatzgebiet türkischer Truppen im Irak werden, denn sofort nach dem Bekanntwerden einer möglichen türkischen Bereitschaft

107 Siehe Fateh A. Jabar: Das Regime in Bagdad: Clans, Stämme und eine Partei. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Oktober 2002. S. 9.

für die Entsendung von Truppen nach Irak hat sich der Führer der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), *Dshalal Talabani*, strikt gegen eine militärische Präsenz der Türken im Nordirak ausgesprochen.

In einem Brief des Vorsitzenden der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker, *Tilman Zülch*, an den USA-Botschafter in Berlin aus Anlass einer möglichen militärischen Präsenz der Türkei im Nordirak heißt es u. a.: »Wer diese aggressive Armee jetzt in den Irak holt, verwandelt die bisher einzige friedliche Region des Landes in ein Pulverfass, und das zu einer Zeit, in der sich die Situation in den arabischen Regionen des Irak zu einem Guerillakrieg zuspitzt.«¹⁰⁸

4.3. *Der wachsende Widerstand gegen die US-amerikanische Besatzung*

Anfangs sprach man in den USA vom Krieg gegen den »militanten Islam«. Inzwischen hat man das Unwort durch »Demokratisierung« und »Befreiung« ersetzt. Millionen Iraker würden nichts sehnlicher wünschen als ihre »Befreiung« durch die USA-Streitkräfte. *Richard Perle*, der eigentliche Kopf des neokonservativen Netzwerks der *Bush*-Administration, meint: »Ich glaube fest, die überwiegende Mehrheit der Iraker wird von Befreiung und nicht von Okkupation und Landnahme sprechen.«¹⁰⁹

Die Entwicklungen im Irak passen jedoch Monate nach dem Fall Bagdads nicht recht zu den Prophezeiungen von einem »befreiten« Irak. Von der überwiegenden Mehrheit der Iraker werden die US-amerikanischen Streitkräfte nicht als Befreier, sondern als regelrechte Besatzer wahrgenommen. Die Lebensbedingungen der Iraker sind schlechter denn je geworden. Der Irak ist zu einem Land ohne Elektrizität, Kommunikationsnetz, funktionierendes Gesundheitswesen, Arbeitsmöglichkeiten und Abfallentsorgung degradiert. Hier herrschen Seuchengefahr bis zum Banterror am hellichten Tag. Der Unmut der Bevölkerung wächst ständig. Der Großteil der Iraker ist einzig und allein mit dem täglichen Überleben beschäftigt und be-

108 »Neues Deutschland«. Berlin vom 22. Juli 2003. S. 3.

109 Thomas Kleine-Brockhoff und Martin Klingst: Interview mit Richard Perle. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 5. Dezember 2002. S. 6.

trachtet den Sturz des *Saddam*-Regimes unter dem Aspekt der sich verschlechternden Lebensbedingungen und der daraus entstandenen Unsicherheit. In einer Hinsicht sind die Iraker nahezu einer Meinung. Sie sind überzeugt, dass die Besatzer letztendlich deshalb nichts gegen die öffentliche Unordnung und die Verschärfung der Gewalt unternehmen und die Uneinigkeit der Iraker instrumentalisieren, weil sie so die militärische Besetzung verlängern können. Dass man dem Hauptziel des Krieges nach US-amerikanischer Deutung, nämlich den Terrorismus in der Region auszurotten, wirklich näher gekommen ist, glaubt niemand.

Erreicht wurde die Sicherung der Ölquellen durch die Besatzer und die Möglichkeit, ein Protektorat mit einer Marionettenregierung zu installieren. Die Iraker lehnen ein Protektorat des Auslands ab und halten eine Entwicklungshilfe gar nicht für nötig. Irak ist für sie in vielerlei Hinsicht ein modernes Land und kann nicht einfach wie Afghanistan als unterentwickeltes Land behandelt werden. Gegen den *Saddam*-Staat lässt sich sicherlich vieles vorbringen, meinen sie. Aber immerhin hatte er die Bevölkerung während des Embargos und der Vorbereitung des Krieges durch die USA doch offenbar relativ gleichmäßig mit Grundnahrungsmitteln für Monate im voraus ausgestattet. Die Iraker meinen, sie könnten ihr Land sofort wieder selbst mit eigenen Mitteln aus eigenem Erdöl aufbauen. Es verfügt über genug Reichtümer sowie technische und administrative Kader und genügend Intelligenz.

Die militärischen Sieger laufen unter diesen Bedingungen Gefahr, die zivile Nachkriegsschlacht zu verlieren. Der Irakkrieg war militärisch höchst erfolgreich, meint der renommierte britische Historiker *Eric Hobsbawm*. »Darüber wurden allerdings die ganz praktischen Anschlussprobleme vernachlässigt. Wie etwa die Frage, wie man in einem besetzten Land die zivile Verwaltung und die wichtigsten Alltagsfunktionen in Gang halten kann, wie es die Briten in ihrem klassischen Kolonialland Indien getan haben. (...) Der Irak ist geschlagen, hat sich aber nicht unterworfen.«¹¹⁰

110 Eric Hobsbawm: Das britische und das amerikanische Weltreich im Vergleich. Rücksichtslose und zänkische Diva der Weltpolitik. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin. Juni 2005. S. 17.

Dem relativ schnellen Ende der »heißen Phase« der Kriegshandlungen im Irak folgte der am Anfang sporadisch einsetzende, aber bereits regelrecht Gestalt annehmende bewaffnete Widerstand in einer Vielzahl von Städten und Provinzen des Landes. Allein das Vorhandensein einer großen und unkontrollierten Anzahl von leichten und mittelschweren Waffen sowie die Anwesenheit von bis zu 8000 arabischen Freiwilligen im Irak lassen eine »Libanonisierung« des Irak voraussagen.¹¹¹ Je länger die militärische Präsenz der USA und Großbritanniens andauert, um so eher werden wahrscheinlich die Truppen der Koalition und die mit ihnen Zusammenarbeitenden zu Angriffszielen der irakischen Résistance. Täglich werden Konvois der US-amerikanischen und britischen Streitkräfte angegriffen. Täglich kommen neue Traueranzeigen für tote US-amerikanische und britische Soldaten hinzu. Die Fragen an der Heimatfront werden drohender, und der Unmut wächst über die Ohnmacht der Weltmacht in den USA und in vielen Ländern der Welt. Auch weil die ursprünglich kalkulierten Kriegskosten explodieren: sie haben sich mit vier Milliarden Dollar pro Monat fast verdoppelt. In den vier Monaten nach dem von Bush erklärten offiziellen Ende der Hauptkampfhandlungen am 1. Mai wurden mehr als 160 US-Soldaten bei Angriffen im Irak getötet. Die Anzahl der seit dem Einmarsch der US-amerikanischen und britischen Truppen getöteten irakischen Zivilisten liegt vermutlich weit über 37.000.

Der bewaffnete Widerstand agierte bis Ende Juli 2003 fast ausschließlich im sunnitischen Zentralirak, wo sich alle jene konzentrieren, die durch den Sturz des *Saddam*-Regimes besonders viel verloren haben. Alles deutet darauf hin, dass Teile der Armee, der Republikanischen Garden und der Fedajin des *Saddam*-Sohnes *Kusai* eine wesentliche Rolle in der Guerillabewegung spielten, die trotz der Ermordung der *Saddam*-Söhne ihren Kampf weiter führen. Auch aus der großen irakischen Armee, die von den Besatzern für aufgelöst erklärt wurde, dürften sich nicht wenige Angehörige angesichts der mit der Demobilisierung verbundenen wirtschaftlichen Not ihrer Familien zum Widerstand entschlossen haben, ohne dass sie überzeugte Anhänger *Saddam Husseins* sein müssen. Dazu kommen mili-

111 Siehe Arabische Freiwillige und Mujahidin im Irak. In: »Al Jaseera« vom 23. April 2003.

tante Islamisten, hier einstweilen in erster Linie die sunnitischen.

Die USA bemühen sich, propagandistisch all diese Gruppierungen unter dem Label von *Bin Ladens Al Qaida* zu subsumieren. Dafür gibt es allerdings bislang keinen Beweis. Tatsache ist jedoch, dass sowohl irakische als auch arabische und andere ausländische »heilige Krieger« im Irak gegen die Besatzer aktiv sind. Fakt ist auch, dass sich sowohl die kurdischen Islamisten als auch der radikale Teil der schiitischen Islamisten bislang nicht am bewaffneten Widerstand beteiligen. Dieses kann sich jedoch sehr schnell ändern. Ausschlaggebend dafür wird wahrscheinlich die Frage sein, wie weit die Besatzer durch ihre so genannten Antiterrorismus-Operationen zunehmenden Hass der noch abwartenden Bevölkerung auf sich ziehen. Der prominente Scheich *Muqtada el-Sadr* sollte nicht der einzige der geistlichen Führung der Schiiten im Irak bleiben, der Ende Juli zur Bildung einer eigenen Armee aufgerufen hat. Die »Imam-Armee« werde die Amerikaner aus Nadshaf und anderen Heiligen Städten vertreiben und den moralischen Verfall des Landes stoppen, sagte er beim Freitagsgebet in Kufa am 25. Juli vor 50.000 Menschen. Mehrere Zehntausend hätten sich bereits für die Religionsarmee rekrutieren lassen.

Alles deutet darauf hin, dass der Widerstand gegen die Besatzer und ihre Partner längst unabhängig von *Saddam Hussein* und den Seinen organisiert wird. Die Schiiten des Scheichs *Muqtada* gehören doch zu den einst von *Saddam* Unterdrückten. Mit dem zunehmenden Protest Not leidender Iraker wächst der Guerilla-Krieg zum schicksalhaften Alptraum der Besatzungsmacht. Auch dem eingeschworenen *Saddam*-Gegner will es nicht einleuchten, dass es im ölreichen Irak nicht einmal Benzin und Diesel gibt.

Um die Scherben im Lande aufräumen zu lassen, rufen die USA händeringend nach Hilfstruppen. Die arabischen sowie die Mehrzahl der angesprochenen Staaten weigern sich, den Besatzern Soldaten zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen wird auch die NATO für einen Einsatz im Irak und im Nahen Osten ins Gespräch gebracht. NATO-Oberbefehlshaber General *James Jones* meinte: »Ich bin sicher, dass die NATO im Irak sehr nützlich sein könnte, wenn der politische Wille da ist. Sollte das militärische Hauptquartier einen Antrag vom NATO-Rat erhalten, könnten wir innerhalb sehr

kurzer Zeit reagieren«. Polen hat schon die Allianz um Unterstützung bei der Führung seiner Militärmission im Irak gebeten. Nach türkischen Medien strebe die USA-Regierung für eine multinationale Stabilisierungsgruppe im Irak sogar eine Schlüsselrolle des Paktes an. Deutschland und Frankreich sollten dazu bewegt werden, dieses Modell zumindest nicht durch ihr Veto in der Allianz zu blockieren.¹¹² Da meldet sich prompt der deutsche Verteidigungsminister *Peter Struck* zu Wort und spricht sich erstmals auch für ein Engagement der NATO im Irak aus. Wenn UNO-Beschlüsse vorliegen und die NATO gebeten wird, größere Verantwortung zu übernehmen, dann hätte Deutschland keinen Grund, einem Engagement der Allianz im Irak zu widersprechen. Dass der Irak-Krieg gegen Völkerrecht verstieß, scheint für manche deutsche Politiker kein Thema mehr zu sein. Man will das wohlkalkulierte Angebot aus Washington nicht wieder ablehnen. Unions-Fraktionsvize *Wolfgang Schäuble* hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihrem bisherigen Nein zu einer Bundeswehr-Beteiligung jeden Einfluss auf die Entwicklung im Irak aufzugeben. »Man sollte nicht sagen: Wir auf keinen Fall«, sagte *Schäuble* am 11. August in Berlin. »Das macht keinen Sinn«. Man könne nicht einerseits ein UN-Mandat für den Irak verlangen und auf der anderen Seite feststellen: »Wir machen nicht mit«. Regierung und Opposition hätten es doch immer für richtig gehalten, dass der Wiederaufbau des Irak unter der Verantwortung der UNO geschehen müsse. Derzeit bewege sich US-Präsident *George W. Bush* auf die Europäer zu. Damit würde sich Washington auch mehr mit dem Gedanken befassen, der UNO eine größere Rolle einzuräumen.«¹¹⁵

Die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Angelika Beer, empfahl der Bundesregierung ihrerseits unverblümt die Entsendung von deutschen Soldaten nach dem Irak, was Bundeskanzler Schröder »zum Kotzen« fand.

In seiner Rede an die Nation Anfang September 2003 musste US-Präsident *Bush* erstmals die unerwarteten Schwierigkeiten seiner Legionen im NachkriegsIrak eingestehen. Für

112 Siehe Olaf Standke: Kabul Sprungbrett für die NATO. Allianz denkt schon über weitere Militäreinsätze nach. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 9./10. August 2003. S. 2.

113 Schäuble mahnt Bund zu Irak-Verantwortung. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 12. August 2003. S. 1.

Bush ist es schlimm genug, nun die Staaten, die gegen die Invasion im Irak waren, wie Frankreich, Deutschland und Russland, um Hilfe bitten, ja an die Tür der UNO klopfen zu müssen: mehr als 160 US-Soldaten kamen seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen im Irak ums Leben, der oberste UNO-Vertreter sowie der höchste schiitische Geistliche wurden getötet, mehr als 37.000 getötete Zivilisten sind seit Beginn des Aggressionskrieges zu beklagen, in den Umfragen an der Heimatfront ist er auf Tiefstände abgesackt. Auch finanziell läuft das Ganze für die USA aus dem Ruder.

Im Bestreben, vor allem die Lasten auf breitere Schultern zu verteilen, weniger aber den Einfluss, zeigt die US-Administration neuerlich die Bereitschaft, die UNO ins Spiel zu bringen. Der Knackpunkt des von Außenminister *Powell* Anfang September 2003 eingebrachten neuen UN-Resolutionsentwurfs liegt deshalb in der Frage, wieviel Macht die USA notgedrungen an die Vereinten Nationen abzugeben gedenken. In aller Interesse dürfte es sein, den Irakern so viel Verantwortung wie möglich in die Hände zu legen und die Besatzung schnellstmöglich zu beenden. Der USA-Diplomatie geht es jedoch um andere Prioritäten: Der US-Kongress soll für die Kriegsmaschine der Administration die enorme zusätzliche Summe von 87 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen. Der Präsident spricht sogar von der ausdrücklichen Verpflichtung der UNO-Mitglieder, ihm im Irak zur Seite zu springen, aber überwiegend zu seinen Konditionen. So verlangt er von den willigen oder bisher noch unwilligen Verbündeten vor allem Truppen, aber auch viele Euro, Yen usw. für die Stabilisierung Iraks. Weder in seiner Rede an die Nation noch im neuen UN-Resolutionsentwurf ließ Präsident *Bush* eine Bereitschaft erkennen, die politische, militärische und wirtschaftliche Kontrolle im Irak wirklich teilen zu wollen.

Frankreich und Deutschland haben auf diesen US-Resolutionsentwurf zum Irak mit einem Gegenvorschlag reagiert. Sie plädieren eindringlich für eine Schlüsselrolle der UNO bei der Gestaltung der Übergangsphase zur Demokratie im Irak, d. h. für eine erhebliche Einschränkung der Kompetenzen des US-Verwalters *Paul Bremer* zugunsten des von den USA eingesetzten Regierungsrates. Diesem solle als Sachwalter der künftigen irakischen Souveränität die Kontrolle über alle zivilen Bereiche, also auch über die »natürlichen Ressourcen« (die Öl-

vorkommen) sowie die Verwendung der internationalen Hilfsmittel übertragen und der Zeitrahmen der Besatzung begrenzt werden. Auch Russland und China positionierten sich in dieser Richtung, die der amerikanische Außenminister *Powell* bislang allerdings für sein Land als inakzeptabel befunden hat.

5. WER IST DAS NÄCHSTE OPFER? EIN AUSBLICK

Anders als im Golfkrieg 1991 zwischen den USA und dem Irak löste der Krieg der USA gegen den Irak zwölf Jahre später bei den traditionell mit den USA verbündeten arabischen Ländern starkes Unbehagen aus. Sie befürchteten eine allgemeine Destabilisierung der Region und die Empörung der eigenen Bevölkerung über die Gleichgültigkeit ihrer Machthaber gegenüber dem Schicksal Iraks und der Palästinenser. »In den öffentlichen Meinungen der arabischen Gesellschaften existiert – ungeachtet der politischen Positionierung des jeweiligen Regimes – ein Konsens bezüglich der Zukunft des Iraks und des Palästinakonflikts. Beide Konflikte werden als ›Krieg des Westens‹ gegen die arabische bzw. islamische Welt gesehen. Beide Konflikte gelten als eng miteinander verbunden. Sowohl die USA als auch Israel gelten als Aggressor, gegen den für manche nahezu jedes Mittel erlaubt ist.«¹¹⁴

Den Befürwortern des Irak-Feldzuges in der US-amerikanischen Administration waren die gefährlichen Auswirkungen des Irak-Krieges auf die benachbarten Staaten durchaus bewusst. Zahlreiche Äußerungen von Nahost-Beratern der *Bush*-Administration und lancierte Papiere lassen den Schluss zu, dass die Destabilisierung der Nahost-Region zu den »beabsichtigten Nebenwirkungen des Irak-Krieges zählt. Besonders deutlich wurde dies in den Briefings des Defense Policy Board unter Vorsitz von *Richard Perle*, in denen die »ethnische Säuberung« der Westbank, die Errichtung eines palästinensischen Staates in *Jordanien* (Hervorhebung – S. L.), die Zerschlagung Saudi-Arabiens, die Einsetzung der Haschemiten als Könige von Mekka und Medina (d. h. Saudi-Arabien – S. L.) und die Eingliederung der saudischen Ölprovinzen in ein US-Protectorat vorgeschlagen wurden.«¹¹⁵

Eckpunkte des Kurses auf einen generellen »Regimewechsel« im Nahen Osten finden sich bereits in einer Studie aus

114 Henner Kirchner: Neubeginn oder »neue Katastrophe«? Auswirkungen des Irak-Krieges auf die arabischen Nachbarstaaten. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bd. 24-25. Bonn vom 10. Juni 2003. S. 57.

115 Ebenda. S. 60-61, und Jack Shafer: The Powerpoint that rocked the Pentagon. In: »Slate« vom 7. August 2002. – <http://slate.msn.com/id/2069119/>.

dem Jahr 1996. Diese wurde nach der Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten *Yitzhak Rabin* am 4. November 1995 und der Wahl von *Benjamin Netanyahu* aus vorgezogenen Wahlen am 28. Mai 1996 durch das israelisch-amerikanische Institute for Advanced Strategies and Political Studies veranlasst und von einer siebenköpfigen Ad-hoc-Studiengruppe für eine »Neue Israelische Strategie vor dem Jahr 2000« unter Leitung von *Richard Perle* vorgelegt. Diese Studie, bekannt unter dem Namen »A Clear Break: A New Strategy for Securing the Realm« (Ein sauberer Bruch: Eine neue Strategie zur Sicherung des Machtbereichs) wurde tatsächlich zur Grundlage von *Netanjahus* Außenpolitik. Mit dem »Bruch« war die vollständige Abkehr von der Außenpolitik des Ministerpräsidenten *Rabin* gemeint. Diese Studie enthielt bereits wesentliche Elemente der jetzigen Umgestaltung des gesamten Nahen Ostens.

Wir weisen hier auf einige Empfehlungen der Studie hin:

- Israel solle eng mit der Türkei und Jordanien zusammenarbeiten, um die von ihm als Bedrohung empfundenen Nachbarn zu destabilisieren und zurückzudrängen.
- Israel solle sich auf den Sturz *Saddam Husseins* konzentrieren und die jordanische Königsfamilie der Haschemiten bei der Wiedererlangung des irakischen Thrones (den sie bis 1958 innehatte) unterstützen.
- Israel solle seine Beziehungen zu den Palästinensern grundsätzlich ändern, sich nicht mehr an die Oslo-Abkommen gebunden fühlen, auf seinem Recht zum jederzeitigen militärischen Eindringen in die besetzten Gebiete bestehen und gemeinsam mit Jordanien Alternativen zu *Arafat* fördern.
- Israel solle sich von Verhandlungen über die Rückgabe der Golan-Höhen an Syrien verabschieden und stattdessen einen knallharten Kurs gegen Syrien fahren. Israel solle die prosyrischen Strukturen im Libanon destabilisieren und eine internationale Propagandakampagne gegen (angebliche) Massenvernichtungswaffen führen.

Diese 1996 verfasste Studie zeigt, wie wenig die Strategie des »Regimewechsels« und die darauf fußende Politik im Grunde durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 verursacht ist, auch wenn sie jetzt damit gerechtfertigt wird.¹¹⁶

116 Siehe Knut Mellenthin: »Winds of Change« sollen die Völker begeistern. USA-Strategien streben »Regimewechsel« im ganzen arabischen Raum an. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 18./19. Januar 2003. S. 10.

Der Architekt dieser 1996 verfassten Studie und nunmehrige Vordenker der so genannten Domino-Theorie meinte in einem »Zeit«-Gespräch sechs Jahre später: »Überall in der Region treffen wir auf so genannte failed states – (etwa missratene Staaten – Einfügung S. L.), auf korrupte Machthaber, auf einen Mangel an Demokratie und Wandel. (...) Die ganze Region wird sich vor den winds of change fürchten müssen. Der Sturz von Saddam und die Demokratisierung Iraks werden enorme Auswirkungen haben, auch auf Saudi-Arabien. (...) Wenn es uns gelingt, das Land (Irak – Einfügung S. L.) zu befrieden und eine stabile demokratische Regierung aufzubauen, dann steckt darin enormes Potenzial, auch andere Völker zu begeistern.«¹¹⁷

So behaupten Verfechter dieser Theorie, die »Befreiung« des Irak werde sich enorm ermutigend auf die demokratische Opposition im Iran auswirken und den Sturz der »Mullah-Diktatur« beschleunigen. Auch das syrische Regime könnte sich dann, eingekeilt zwischen Israel und proamerikanischen Regimen in Jordanien, Irak und Iran, nicht mehr lange behaupten. Danach würde dieser Theorie zufolge die Herrschaft der Saudis stürzen, zumal die Besetzung Iraks mit den zweitgrößten Ölvorkommen der Welt die wirtschaftliche Bedeutung des saudi-arabischen Öls verringern würde. Ein Nebeneffekt wäre, dass die Palästinenser fast jede Unterstützung verlieren würden, was die Ablösung des Palästinenser-Präsidenten *Yasser Arafat* durch eine völlig neue Garnitur gefügiger Politiker und einen »Frieden« nach Maßgabe *Ariel Scharons* erleichtern würde.

Es ist zwangsläufig, dass sich nach der Besetzung Iraks die besorgten Fragen mehren, was die USA in dieser Region wohl als nächstes vorhaben. Als potenzielle Angriffsziele werden immer öfter der Iran, Syrien und Saudi-Arabien genannt.

Was den *Iran* betrifft, so weint er dem *Saddam*-Regime keine Träne nach, das während des fast zehn Jahre dauernden iranisch-irakischen Krieges großzügig von den USA unterstützt wurde. Iran befürchtet, das nächste Ziel auf der Liste der USA-Administration zu sein. Auch deshalb dürfte er gute Beziehungen zu den Kurden und Schiiten im Iran pflegen, die den Kurs einer neuen Regierung im Irak beeinflussen könnten. Mit der

117 Thomas Kleine-Brockhoff und Martin Klingst: Interview mit Richard Perle. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 5. Dezember 2002. S. 6.

Besetzung des Irak hat sich der Belagerungsring um den Iran geschlossen.

Nachdem die USA ihre militärische Präsenz im Kaukasus, in Zentralasien, in Afghanistan und in Pakistan etabliert haben, war der neuerliche Golfkrieg bislang das letzte Glied in der Kette. Die Belagerung des Iran wird jedenfalls für eines der wichtigsten Motive der USA im Irak-Krieg seitens Teherans angesehen. Iran steht auf der Abschussliste, seit *Bush* die islamische Republik gemeinsam mit dem Irak und Nordkorea zur »Achse des Bösen« erklärt hat. Präsident *Bush* behauptet immer wieder, Iran und Syrien würden noch immer terroristische Organisationen unterstützen und ihnen Unterschlupf gewähren. Mehrmals führte Präsident *Bush* – wie im Falle Iraks – auch im Hinblick auf den Iran – den möglichen Besitz von Massenvernichtungswaffen ins Feld.

Viele Kenner der Nahost-Region meinen jedoch, der Iran habe nichts zu fürchten. Es werde ein wenig US-amerikanischen Druck auf den schiitischen Nachbarn Iraks – den Iran – geben, um zu vermeiden, dass Solidarität unter den Schiiten über die iranisch-irakische Grenze hinweg die Interessen der Öl-Industrie der USA stört. Es gäbe eigentlich keinen Plan, die Regierung *Chatami* zu stürzen, trotz der lautstarken propagandistischen amerikanischen Unterstützung der Studentenunruhen gegen das Regime im Iran.

Chatami erfülle die meisten US-amerikanischen Wünsche, liefere Taliban- und Al Qaida-Kämpfer an die USA aus, lasse Israel ruhiger atmen als zuvor und richte auch in Afghanistan keine besonderen Schäden an. Ärger und Kosten für einen Umsturz im Iran könnten sich die USA demzufolge im Moment sparen. Das Land sei ohnehin in einem großen Bogen – von Katar am Persischen Golf über Pakistan und Afghanistan im Osten, Usbekistan und Aserbaidshan im Norden, bis zur Türkei im Westen und Irak im Süden von Staaten eingeschlossen, die eng mit den USA kooperieren und von denen die meisten auch US-Streitkräfte beherbergen. Nicht gerade eine angenehme Lage für ein Land, das Präsident *Bush* mit auf seine Liste der »Achse des Bösen« gesetzt hat.

Syrien hat es bekanntlich gewagt, die von den USA und Großbritannien eingebrachte Irak-Resolution zur Arbeit der UNO-Waffeninspektoren im UNO-Sicherheitsrat abzulehnen. Seine Beziehungen zum Nachbarland Irak waren unmittelbar

vor dem jüngsten Krieg so gut wie schon seit mehr als 20 Jahren nicht. Nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten *Baschar al-Assad* im Juli 2000 wurde die seit Beginn des ersten Golfkrieges geschlossene Grenze zu Irak wieder geöffnet. Im November 2000 wurde erneut eine Pipeline in Betrieb genommen, die die irakischen Ölfelder mit syrischen Häfen im Mittelmeer verbindet. Irak konnte auf diese Weise das Embargo der UNO teilweise umgehen, und Syrien wurde in die Lage versetzt, irakisches Öl zu einem niedrigen Preis zu erhalten und eigenes, in geringen Mengen vorhandenes Öl gewinnbringend zu exportieren.

Syrien hat sich auch aus politischen Erwägungen gegen den Irak-Krieg positioniert. Es fürchtet ebenso wie die Türkei ein Auseinanderbrechen Iraks und die Gründung eines Kurdenstaates, der Einfluss auf die kurdische Minderheit im eigenen Lande nehmen könnte.

Syrien ist ernsthaft um die eigene Zukunft besorgt. Die USA könnten unter einem ähnlichen Vorwand, mit dem Irak angegriffen wurde, auch bald einen Militärschlag gegen Syrien führen. Hinweise und Drohungen gibt es dafür am laufenden Band. Das Land wird doch seit Jahren zu den so genannten Schurkenstaaten gezählt, die den internationalen Terrorismus unterstützen sollen. Syrien würde wie Iran und Nordkorea gefährlichen Vorhaben mit atomaren, bakteriologischen und Massenvernichtungswaffen nachgehen, mit denen sich die USA nach dem Irak-Krieg befassen wollen. US-Verteidigungsminister *Rumsfeld* hat Syrien vorgeworfen, Irak militärisch zu unterstützen und Waffen über die Grenzen zu schmuggeln. Freiwillige kämen über Syrien nach dem Irak, um an der Seite *Saddam Husseins* und nach seiner Entmachtung, an der Seite des irakischen Widerstandes zu kämpfen.

Syrien scheint allerdings gegenwärtig das kleinere Problem für die USA in der Nahost-Region darzustellen als der jahrzehntelang sicher geltende Verbündete der USA im Nahen Osten – Saudi-Arabien.¹¹⁸

118 Eine langfristige Zusammenarbeit zwischen Saudi-Arabien und den USA wurde am 14. Februar 1944 zwischen dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und König Ibn Saud vereinbart, die sich auf handfeste gemeinsame Interessen stützte. Ibn Saud ging es vor allem darum, mit Hilfe der USA den Fortbestand seines Königreiches zu sichern. Die USA interessierte an Saudi-Arabien vor allem eins - das Erdöl. 1938 hatte eine amerikanische Ölgesellschaft die ersten Ölvorkommen auf der saudischen Halbinsel entdeckt, wo rund ein

Nach Auffassung kriegslüsterner Kreise in den USA ähnele das Regime *Saudi-Arabiens* nur wenig einer westlichen Demokratie, und dazu existierten unübersehbare Beziehungen zwischen Teilen des saudischen Establishments und dem Terrornetzwerk Al Qaida.

»Heute ist die vorherrschende Tatsache der amerikanisch-saudischen Beziehungen, dass dieser ›Freund‹ eine Hauptquelle für die Finanzierung von Al Qaida ist«, schrieb das »Wall Street Journal« in einem redaktionellen Leitkommentar in seiner Ausgabe vom 30. Oktober 2001. *Laurant Muraviec*, ein Analyst der konservativen Denkfabrik RAND, nannte Saudi-Arabien den »Kern des Übels« und den »gefürchteten Gegenspieler« der USA im Nahen Osten. Er schlug vor, die USA sollten dem saudischen Regime ein umfassendes Ultimatum stellen; – u. a. sollte die Einstellung der Unterstützung fundamentalistischer Islamisten in der ganzen Welt, die Einstellung aller anti-amerikanischen, anti-israelischen und anti-westlichen Stellungnahmen gefordert – und bei Nichtbefolgung gedroht werden, die saudisch-arabischen Ölquellen zu besetzen sowie die Geldanlagen der Saudis im Ausland zu beschlagnahmen. Die Schiiten Saudi-Arabiens, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und in unmittelbarer Nähe der Ölquellen leben, sollten zur Sezession ermutigt werden. Die heiligen Stätten von Mekka und Medina sollten unter Kontrolle des Jordanien regierenden Königshauses der Haschemiten gestellt werden, das auch für die Wiedererrichtung der Monarchie im künftigen »befreiten« Irak im Gespräch ist.¹¹⁹

Viertel der weltweiten Ölvorräte lagern. Das Königreich wurde innerhalb weniger Jahrzehnte zum größten Ölproduzenten der Welt und damit zur wichtigsten Quelle für die Versorgung des Westens – vor allem der USA – mit billiger Energie. Nach dem 11. September 2001 und während des jüngsten Irak-Krieges hat Saudi-Arabien den Ölweltmarkt beruhigt. Mindestens zehn Jahre dürfte es dauern, bevor irgendein anderes Land, einschließlich des Irak, diese Rolle übernehmen könnte. Aber nicht nur auf »Öl gegen Sicherheit« reduzieren sich die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien. Das Land hat während des gesamten Kalten Krieges eine Sonderrolle in der sogenannten Abwehrstrategie gegen die Sowjetunion gespielt. Mit saudischem Geld wurden unislamische Bewegungen wie die UNITA in Angola und die CONTRAS in Nicaragua finanziert, aber auch die Mudshaheddin in Afghanistan. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Saudi-Arabien diese Rolle eingeübt.

Ein wichtiges Motiv, warum sich die Begehrlichkeiten der USA eher auf Saudi-Arabien richten könnten, liegt in der simplen Tatsache, dass Saudi-Arabien die weltweit größten Rohölreserven in bester Qualität besitzt. Die Fakten sind eindeutig: der erste Golfkrieg der USA gegen den Irak diente als Eintrittskarte für die USA-Truppen auf saudischem Boden. Was die USA-Gegenleistung für die Stützpunkte am Öl Saudi-Arabiens anbelangt, nämlich eine von den USA versprochene faire Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts, so hat sie *Ariel Scharon* verhindert, und zwar mit Unterstützung der USA, die sich gleichzeitig mit konzilianter Ankündigungen eines Palästinenser-Staates im Rahmen des so genannten Roadmap-Projekts notdürftig bedeckt halten.

Auch das gute Einvernehmen, das sich zwischen den USA und Saudi-Arabien im jüngsten Irak-Krieg bewährte, war nicht in der Lage, die Gefahr eines möglichen Überfalls der USA auf Saudi-Arabien zu minimieren. Trotz aller Dementis leistete Saudi-Arabien den USA unauffällig, aber wirkungsvoll militärische Unterstützung. In den Wochen vor dem Beginn des Irak-Krieges stieg die Zahl der US-Soldaten in Saudi-Arabien auf fast 10.000. Der Prinz-Sultan-Stützpunkt der USA in Saudi-Arabien konnte als Befehlszentrum für den gesamten Luftkrieg genutzt werden. Zugleich wurden auf die Luftstützpunkte Arar und Tabuk im Nordosten US-Eliteeinheiten verlegt, die später Kommandoeinsätze im Inneren des Irak durchführten.¹²⁰

Die beunruhigende Entwicklung der saudi-amerikanischen Beziehungen steht ohne Zweifel im Zusammenhang mit dem Schattenkrieg, der sich zwischen den radikalen Widersachern der saudischen Monarchie und der von den USA unterstützten Königsfamilie vollzieht. Nachdem König *Fahd* nach der irakischen Invasion in Kuwait vom August 1990 den USA gestattet hatte, Truppen in seinem Land zu stationieren und sein Territorium als Ausgangsbasis für Angriffe auf den Irak zu nutzen, haben saudische Extremisten unter Führung *Usama Bin Ladens* einen Untergrundkrieg begonnen, mit dem sie die Monarchie beseitigen und die Amerikaner aus dem Land vertreiben wollen. Die »New York Times« hat am 8. Oktober 2001 ein Video-Interview *Bin Ladens* kurz nach dem 11. September

120 Siehe Michael Dobbs: US-Saudi Ties Prove Crucial in War. In: Washington Post« vom 27. April 2005.

zitiert, in dem dieser erklärt, Amerika werde nicht wieder in Frieden leben, »bevor die gesamte Armee der Ungläubigen das Land Mohammeds verlassen hat«. Insofern kann man auch das Bemühen der USA, Al Qaida und deren Basis in Afghanistan zu vernichten, als eine Aktion zum Schutz der saudischen Königsfamilie sehen, die den Zugang der USA zu den saudi-arabischen Ölvorkommen und den wichtigsten Militärstützpunkten garantiert.

Trotzdem werden die Pläne der USA für eine längere Präsenz im Irak, in Saudi-Arabien mit großer Beunruhigung wahrgenommen. Man fürchtet, dass nicht nur Iran und Syrien, sondern auch Saudi-Arabien Ziel einer nächsten US-Aggression sein könnte.

Vor einem neuen Nahost-Abenteuer dürften die Strategen der *Bush*-Administration jedoch nach der Besetzung Iraks gewarnt sein. Sie waren doch auf den schwierigen Frieden nach dem Sturz des *Saddam*-Regimes, auf eine Nachkriegsordnung kaum vorbereitet.

Die über 260 US-Soldaten, die bis Mitte September tot wieder nach Hause befördert wurden, sowie die monatlich vier Milliarden Dollar für die Truppen vor Ort und das Verwirrspiel um den eigentlichen Kriegsgrund lassen die Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zum Irak-Krieg rapide sinken.

Ungeheuer schwierig gestaltet sich auch die feste Einbindung der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und sogar der NATO in den so genannten Stabilisierungsprozess im Irak.

Angesichts der chaotischen Lage im Irak verstärken die USA ihre Suche nach »willigen Verbündeten«. Die von den USA behauptete Internationalisierung der Besatzungstruppen scheint zumindest etwas übertrieben zu sein angesichts der Tatsache, dass knapp 92 Prozent aller 158.000 alliierten Soldaten im Irak eine US-Uniform und etwa 7 Prozent eine britische Uniform tragen. Das magere Häuflein der »internationalen Truppe« macht gerademal etwas mehr als ein Prozent aus. Im offiziellen Washington will niemand eingestehen, dass die meisten um Hilfe gebetenen Regierungen nicht scharf darauf sind, den amerikanischen und britischen Soldaten bei der lebensgefährlichen »Befreiungsarbeit« bzw. »Demokratisierungsmission« im Irak zu helfen. Bezeichnenderweise befindet sich

unter den »alliierten Soldaten« kein einziger Vertreter eines arabischen Staates.

Nicht nur in den USA liegen die Umfragewerte auf einer schiefen Ebene. Eine Befragung unmittelbar am Vorabend des Irak-Krieges macht die USA-kritische Haltung der Araber deutlich. Die vom Arab-American-Institute jährlich in Auftrag gegebene Umfrage macht besonders für die vergangenen zwölf Monate einen dramatischen Verfall des Ansehens der USA aus. So wurde u. a. nach dem positiven Ansehen der USA in Schlüsselstaaten der Nahost-Region gefragt. Im vergangenen Jahr (2002) fiel dieser Wert in Jordanien von 54 auf 10 Prozent, in Marokko von 38 auf 9 Prozent und in Saudi-Arabien von 12 auf 3 Prozent. In Ägypten bleibt das Ansehen der USA relativ konstant – es sinkt von 15 auf 12 Prozent –, während sich die Ablehnung verstärkt hat – von 76 auf 80 Prozent. Das Institut stellt auch fest, dass aus diesen Meinungen sich verfestigende Überzeugungen werden. Es handele sich nicht mehr nur um den Ausdruck eines vorübergehenden Tiefs. Während 2002 noch 80 Prozent angaben, dass sich bei einer gerechten Lösung des Palästinakonflikts ihre Meinung von den USA bessern würde, ist dieser Wert 2003 in allen Ländern der Region – außer Israel – unter 30, teilweise sogar unter 20 Prozent gefallen.¹²¹

Doch im Niedergang der Umfragewerte der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten in der Nahost-Region und sicherlich fast überall in der Welt liegt eine wachsende Portion Kriegsgefahr. *Bushs* Beliebtheit stieg bislang immer dann in den USA, wenn er andere Staaten bedrohte. Angesichts der 2004 ins Haus stehenden Wahlen dürfte das für ihn sogar eine Schicksalsfrage werden. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, dass er wieder versuchen wird, die Flucht nach vorn anzutreten. Egal gegen wen in der an Erdöl und Konflikten reichen Nahost-Region. *Cheney, Rumsfeld, Perle, Rice, Wolfowitz* und Co. werden ihm dabei wieder behilflich sein, das passende Ziel auszukundschaften und mit Hilfe der CIA, FBI und weiteren offiziellen Staatsorganen die Gründe dafür ausfindig zu machen.

Andererseits könnte ein weiteres Erstarken des Widerstands der Iraker und der Weltgemeinschaft die Rechnungen von *Rumsfeld* und Co. auch zunichte machen und ihnen einmal

¹²¹ Siehe James Zogby: Arab Opinion of US Hits All Time Low. In: »Arab News« vom 19. März 2003.

mehr das Schicksal der Sowjetunion in Afghanistan bzw. der US-amerikanischen Armee in Beirut vom Jahre 1983 besche-
ren. In beiden Fällen musste sich der Aggressor zurückziehen.

ZUM AUTOR

Sarkis Latchinian, Prof. Dr. sc., geboren 1930 in Beirut (Libanon), stammt aus einer armenischen Familie, studierte Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Hochschule für Ökonomie in Sofia. 1962 promovierte er an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit einer Dissertationsschrift zum arabischen Erdöl. Seine Habilitation zum amerikanischen Kapital in Westeuropa erfolgte 1971, ebenfalls in Leipzig. 1962 zum Oberassistenten für Politische Ökonomie des Kapitalismus ernannt, 1972 zum Hochschuldozenten und 1975 zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Karl-Marx-Universität berufen, leitete er von 1978 bis zu seiner Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Alma mater lipsiensis.

Zu seinem Forschungs- und Lehrgebiet gehörten neben der Politischen Ökonomie des Kapitalismus Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, der USA und Japans; die Ost-West- sowie Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen; die Prozesse der ökonomischen Integration und der Internationalisierung; die Entwicklungsländer sowie wirtschaftliche Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Als Gastprofessor wirkte er an den Universitäten Leningrad, Kiew, Jerewan, Warschau, Sofia, Addis-Abeba, Paris, Lyon, Brügge, Leuven la Neuve und Konstanz. Er nahm teil an den Weltkongressen der Politologen in Paris (1985) und Washington (1988). Er ist seit 1982 Mitglied des Research Committee für European Unification (London).

Sarkis Latchinian ist Mitautor und -herausgeber zahlreicher Monographien: Karl Marx' »Das Kapital«. Erbe und Verpflichtung (Leipzig 1967); Kapitalistische Ausbeutung heute (Berlin 1977); Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (Berlin 1974); Mehrwert heute (Berlin 1981); 70 Jahre Lenins Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (Leipzig 1987); *Nouvelles technologies et enjeux sociaux* (Lyon 1986).

Zu Problemen der Europäischen Union publizierte er: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? (Leipzig 1994) sowie »Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa (Leipzig 1996).

Arbeiten zu Neuentwicklungen in der Weltwirtschaft, zur Karabach-Problematik (Leipzig 1996), zur NATO-Osterweiterung (Leipzig 1999), zum »Dritten Weg« (Berlin 2000), zum »Kaspischen Raum« (Leipzig 2000) und zum palästinensisch-israelischen Konflikt (Leipzig 2002) stellte er auch auf Foren zur Diskussion.

